

für Mitglieder und Freunde der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Hameln e. V.
Redaktion: Heinrich Hagemann, Hans – Georg Spangenberg

1. Juden und Christen – in den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern

- **Den teilweisen Stopp deutscher Waffenlieferungen an Israel kommentiert Arnd Henze in der „Evangelischen Zeitung“:**

„[...] Die Verantwortung für die Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson gilt diesem demokratischen Rechtsstaat und seinen Menschen. Sie darf niemals auf die bedingungslose Unterstützung einer das Recht beugenden Regierung von Ministerpräsident Netanyahu reduziert werden.

So wenig es Deutschland dabei zusteht, sich in die internen Angelegenheiten Israels einzumischen, so klar ist die Politik der Bundesregierung an die Regeln des humanitären Völkerrechts gebunden. Und an diesem Punkt ist der teilweise Stopp von Waffenlieferungen nicht nur politisch richtig, sondern rechtlich zwingend geboten und längst überfällig [...] Es ist unter Völkerrechtlern nahezu unstrittig, dass Israel nach dem mörderischen Angriff der Hamas ein Recht auf Selbstverteidigung hatte und hat. Ebenso unstrittig ist aber inzwischen, dass die konkrete Kriegsführung schon lange das Gebot der Verhältnismäßigkeit verletzt und dass es immer wieder zu schweren Kriegsverbrechen kommt. [...]

Die teilweise (!) Aussetzung dieser Lieferungen ist vor diesem Hintergrund eine ebenso maßvolle wie alternativlose Maßnahme – und zugleich ein Signal, dass wir uns (wieder) an die Seite derer stellen, die das Recht lieben. Vor allem in Israel.“ (kna HG 28.08.2025)

- **Philipp Peymann Engel – ebenfalls in der „Evangelischen Zeitung“ – ist anderer Meinung:**

„[...] der 8. August 2025 wird in die Geschichte dieses Landes als ein historisches Datum eingehen. Als ein Tag, an dem ausgerechnet Unionskanzler Friedrich Merz die Staatsräson – das Versprechen, dass Deutschland für Israels Sicherheit eintreten wird – beerdigt hat. Die beiden Motive, aus denen sich die Staatsräson bislang speiste – als Konsequenz aus dem Holocaust die immerwährende Verantwortung für das jüdische Volk und seine Heimstatt Israel sowie die gemeinsame Wertebasis beider Länder –, existieren offenkundig nicht länger. [...] Man muss es so klar sagen: Der Bundeskanzler ist seiner Verantwortung nicht gerecht geworden. Merz handelt erratisch und lässt sich treiben. Er ist eingeknickt ob der massiv israelfeindlichen Stimmung im Land. Er irrt durch nahöstliches Terrain, ohne das Thema wirklich zu durchdringen. Es wäre die Aufgabe von Friedrich Merz gewesen zu führen. Es wäre seine Aufgabe als deutscher Bundeskanzler gewesen, die Deutschen darauf hinzuweisen, was Israel alles für den Schutz der palästinensischen Zivilbevölkerung tut. Was Israel zu ihrer Versorgung unternimmt. Es wäre seine Aufgabe gewesen, darauf hinzuweisen, in welchem Ausmaß Hilfsgüter von der Hamas gestohlen und zurückgehalten werden. In welchem Ausmaß die Hamas ihre eigene Bevölkerung knechtet und als Märtyrer opfert, um weltweit den Krieg der Bilder zu gewinnen. [...]“ (kna HG 28.08.2025)

- **Israels jüngste Offensive zur Besetzung der Millionen-Stadt Gaza kommentiert Kristiana Ludwig im Schweizer „Tagesanzeiger“:**

„[...] Medienberichten zufolge hatte selbst der Armeechef die Regierung vor den Gefahren der Offensive in der palästinensischen Millionenstadt gewarnt – sowohl für Geiseln als auch für Soldaten. Netanyahu ordnete sie trotzdem an. Internationale Vorwürfe, in Gaza Kriegsverbrechen, ja Völkermord zu begehen, wischt er vom Tisch. Erst vergangene Woche ließ er den Golfstaat Katar angreifen, jenen Verbündeten der USA, der bisher als Mittler in den Waffenruheverhandlungen auftrat. Das Ziel, die Hamas-Spitze im Ausland zu töten, wurde verfehlt, aber Netanyahu trotz jeder Kritik: Es sei ein Warnschuss gewesen, ein legitimer Schritt. Nicht nur im Ausland, auch innerhalb Israels wächst die Sorge, dass sich der Staat unter Netanyahu endgültig isoliert, dass seine rechtsreligiöse Regierung zu einem unberechenbaren, unaufhaltsamen Faktor im Nahen Osten wird, nicht mehr zugänglich für Diplomatie und auch nicht für Debatten innerhalb Israels. Die Entwicklung gefährdet die Region – und langfristig auch die Sicherheit von Jüdinnen und Juden.“ (kna 18.09.2025)

- **In Kasachstans Hauptstadt kommen sie alle drei Jahre zusammen: Christen, Muslime, Juden, Hindus, Buddhisten und Taoisten. Sie hoffen, dass Dialog die Welt besser machen kann. Der Papst schickte eine Grußbotschaft. Von Christoph Schmidt**

Alle drei Jahre schlägt das Herz des interreligiösen Dialogs in der kasachischen Hauptstadt Astana. Rund 100 teils hochrangig besetzte Delegationen aus 60 Ländern waren vergangene Woche zum VIII. Kongress der Führer der Welt und traditionellen Religionen nach Zentralasien gereist. Christen etlicher Konfessionen, sunnitische und schiitische Muslime, Juden und Buddhisten, Hindus, Taoisten und kleinere Glaubensgemeinschaften nahmen Platz am riesigen runden Tisch im „Palast der Unabhängigkeit“ – diesjähriges Motto der Konferenz: „Dialog der Religionen: Synergie für die Zukunft“. Es ging um das Bekenntnis zu gemeinsamer Verantwortung für eine friedlichere und gerechtere Welt angesichts von Konflikten und Klimawandel, Armut, Migration und technologischen Umbrüchen.

Der kasachische Präsident und Gastgeber Kassym-Schomart Tokajew zeichnete in seiner Begrüßung das Bild einer Menschheit am Abgrund. Die geopolitischen Spannungen hätten dramatisch zugenommen, damit wachse die Gefahr großer Auseinandersetzungen bis hin zum Atomkrieg. Gleichzeitig verstärkten sich die ideologischen und interkulturellen Gegensätze. Das Treffen der Weltreligionen bezeichnete Tokajew deshalb als einzigartige Plattform zur Verteidigung universeller Werte und Prinzipien. „Wenn wir zusammenarbeiten, ist Religion eine mächtige Kraft. Nur wenn wir unsere Kräfte zusammenschließen, können wir die Herausforderungen meistern.“

Ähnlich formulierte es später auch UN-Generalsekretär Antonio Guterres in einer Videobotschaft an das Plenum: „Heute ist die Rolle der Religionen wichtiger denn je – religiöse und spirituelle Führer sind essenziell. Nur durch Dialog kann die Menschheit eine Existenz in der Zukunft haben.“

Der Wunsch nach globaler Harmonie und Eintracht – er zog sich wie eine Beschwörung durch alle Reden der religiösen Repräsentanten aus den verschiedenen Weltregionen. Der Mormone Elder Patrick Kiran formulierte es so: „Lasst uns miteinander kommunizieren, als würden wir im Tempel Stein für Stein verlegen – einem Ort des Gebets, der Meditation und der Zuflucht.“

Der Präsident der Chinesischen Taoistischen Vereinigung, Li Guangfu, sagte: „Nur durch Gespräch und Dialog kann die Menschheit eine Existenz in der Zukunft haben.“ China habe zur Religion zurückgefunden und wünsche die Zusammenarbeit mit anderen Völkern und Kulturen. Viele Sprecher warnten vor religiösem Zwang und Extremismus.

Die Worte des einflussreichsten religiösen Führers der Welt verlas der Chef der vatikanischen Dialog-Behörde, der indische Kardinal George Jacob Koovakad. Der gemeinsame Einsatz für die Schwächsten und die Menschenwürde bezeuge, „dass Glaube mehr verbindet als trennt“, hieß es in der Botschaft von Papst Leo XIV. „Eine solche Zusammenarbeit ist kein Aufruf, Unterschiede auszulöschen, sondern vielmehr eine Einladung, Vielfalt als Quelle gegenseitiger Bereicherung anzunehmen.“

Der Papst erinnerte auch an das vor 60 Jahren veröffentlichte Konzilsdokument „Nostra aetate“, in dem der Vatikan sein Verhältnis zum Judentum und anderen Religionen auf eine neue Basis stellte: „Die katholische Kirche ihrerseits anerkennt und schätzt alles, was in anderen Religionen ‚wahr und heilig‘ ist“ – der Satz bedeutete damals eine Epochenwende. Als weiteren Meilenstein verwies Leo auf das „Dokument über die Brüderlichkeit aller Menschen für ein friedliches Zusammenleben in der Welt“, das sein Vorgänger Franziskus 2019 mit dem Großimam der Kairoer Azhar-Universität, Ahmad al-Tayyeb, in Abu Dhabi unterzeichnet hatte. Zum Kongress vor drei Jahren war Franziskus persönlich nach Astana gereist. Mehrfach erinnerten Redner an das Vermächtnis des im April gestorbenen Pontifex. „Man kann nicht vom interreligiösen Dialog sprechen, ohne an Papst Franziskus zu erinnern“, sagte Präsident Tokajew.

Bei der Konferenz 2022 stand kurzzeitig ein Treffen zwischen Franziskus und dem russisch-orthodoxen Patriarchen Kyrill I. in Aussicht; der Ukraine-Krieg wütete seit einem halben Jahr. Doch der Russe sagte seinen Besuch ab. Diesmal saß der Putin-Vertraute am runden Tisch gleich neben Tokajew. Auf das anhaltende Gemetzel in der Ukraine ging Kyrill in seiner Ansprache allerdings nicht ein, sondern schloss sich den allgemeinen Friedensappellen an. Bei jungen Leuten in Russland sieht er einen religiösen Aufbruch.

Politisch kontroverser wurde es in Astana nur mit Blick auf den Krieg in Gaza. Der Generalsekretär der Islamischen Weltliga, Mohammed Abdulkarim al-Issa, verurteilte Israels Kriegführung gegen die Palästinenser scharf: „Genozid und eine systematische, kriminelle Hungersnot sind eine große Schande für die Weltgemeinschaft“, so der Saudi. Der Leiter der iranischen Islamischen Kulturorganisation, Mohammad Mehdi Imanipour, warnte davor, das Geschehen in

Gaza kleinzureden. Konferenzteilnehmer von der Türkei bis Pakistan betonten ebenfalls das Leid der Palästinenser, sparten jedoch mit Verurteilungen der Hamas.

Dagegen erklärte der Präsident des israelischen Oberrabbinatsrats, Kalman Meir Ber: „Dieser Krieg ist kein religiöser Krieg.“ Das Judentum wolle keine Feindschaft mit anderen Religionen, und die Liebe zu den Nachbarn sei eine zentrale Lehre der Thora. Israel kämpfe nur gegen Terroristen, die Gräueltaten begangen hätten. Sein sephardischer Amtskollege David Yousef sorgte in seinem Schlusswort am Donnerstag für den wohl emotionalsten Moment im Plenum. „Stoppt den Terrorismus! Stoppt den Terrorismus!“, rief er immer wieder laut und sichtlich berührt in sein Mikrofon. „Wir wollen Frieden!“

Als „UNO der Religionen“ wird der Kongress manchmal bezeichnet, den Tokajews autoritärer Amtsvorgänger Nursultan Nasarbajew 2003 als Antwort auf die Anschläge vom 11. September 2001 für Frieden und Verständnis zwischen den Glaubensgemeinschaften begründete. Kritiker bemängeln, die Erklärungen der bisherigen Kongresse seien an Allgemeinheit und Phrasenhaftigkeit kaum zu übertreffen und hätten sich nicht auf aktuelle Konflikte mit religiöser Komponente ausgewirkt. Gemessen an politischen Ergebnissen mag das stimmen. Trotzdem sollte die Strahlkraft eines globalen Religionsgipfels für den interreligiösen Dialog – der ohnehin meist zähe Kleinarbeit ist – nicht unterschätzt werden. Ein Gruppenfoto mit christlichen Patriarchen, sunnitischen Muftis und schiitischen Ajatollahs neben Rabbinern mit schwarzem Hut, buddhistischen Mönchen in safrangelber Robe und Hindu-Autoritäten im Sherwani wirkt auf ein säkulares Publikum womöglich wie Goodwill-Folklore. In traditionelleren, religiös geprägten Gesellschaften dient es dagegen als Werbebotschaft für eine pluralistische und tolerante Weltzivilisation.

Das Medieninteresse an dem Kongress war groß, aber regional auffallend einseitig: Die meisten Reporter und TV-Teams stammten aus asiatischen Ländern. In Deutschland kam das internationale Treffen in der Berichterstattung kaum vor. Sollte man im areligiösen Westen davon ausgehen, dass Religion als politischer Faktor irrelevant geworden ist, wäre das allerdings reichlich provinziell gedacht. Schon die Reislamisierung der islamischen Welt in den vergangenen Jahrzehnten oder der Hindunationalismus der aktuellen indischen Regierung weisen in eine andere Richtung.

Natürlich nutzt Gastgeber Kasachstan die Kongresse immer auch zur Selbstdarstellung. Trotz seiner Größe und wirtschaftlichen Bedeutung als Öl- und Gaslieferant steht die frühere Sowjetrepublik selten im Rampenlicht, modernisiert sich aber gerade rasant mit demokratischen Reformen und großen Infrastrukturprojekten. Präsident Tokajew pries Kasachstan, dessen Bevölkerung zu rund 70 Prozent aus sunnitischen Muslimen und etwa einem Viertel aus meist russisch-orthodoxen Christen bestehen, als Modellnation für die „Einheit in Vielfalt“.

34 Artikel zu „fundamentalen Menschenrechten“ und gegen religiösen Hass

Wie in früheren Jahren endete der VIII. Kongress der Führer der Welt- und traditionellen Religionen mit einer Abschluss-Deklaration. In ihren 34 Artikeln bekennen sich die Delegierten zu „fundamentalen Menschenrechten“ und zum Einsatz gegen religiösen Hass. Sie zeigen sich besorgt über eine stockende Umsetzung der UN-Entwicklungsziele bis 2030 und mahnen mehr internationale Zusammenarbeit gegen den Klimawandel an. Ein Schwerpunkt der Erklärung liegt auf neuen Gefahren durch den Missbrauch Künstlicher Intelligenz. Zudem fordert das Dokument den Schutz von Minderheiten und Flüchtlingen. Und in recht allgemeiner Form geht es darin auch um die Teilhabe von Frauen. Die Deklaration soll der UN-Vollversammlung übergeben werden. (kna HG 25.09.2025)

- **Der 7. Oktober 2023 und der Gaza-Krieg: Seit zwei Jahren leben viele Juden auch außerhalb Israels in einer Ausnahmesituation – wegen des massiven Antisemitismus. Ein Experte des christlich-jüdischen Dialogs sieht auch Defizite auf interreligiösem Feld. Von Leticia Witte**

Dominikaner-Pater Elias Füllenbach aus Düsseldorf ist Fachmann für den christlich-jüdischen Dialog. Er sitzt im Vorstand des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, der die Buber-Rosenzweig-Medaille verleiht. „KNA-Hintergrund“ traf den Theologen und Judaisten am 17. September auf einem Empfang des Zentralrats der Juden in Deutschland in Berlin. Damit feierte der Dachverband von 105 jüdischen Gemeinden hierzulande sein 75-jähriges Bestehen.

Ein Gespräch über den christlich-jüdischen Dialog, der international gerade einen schwierigen Stand hat, fehlende Solidarität mit Jüdinnen und Juden und den bevorstehenden 60. Jahrestag der Konzilserklärung „Nostra aetate“.

KNA-Hintergrund: Pater Elias, wie nehmen Sie den christlich-jüdischen Dialog seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und dem anschließenden Gaza-Krieg wahr?

Elias Füllenbach: Das ist vor Ort sehr unterschiedlich. Die christlich-jüdischen Beziehungen sind in vielen Städten und Gemeinden über Jahrzehnte gewachsen und daher ganz gut. Allerdings ist die besondere Situation, in der die jüdischen Gemeinden seit dem 7. Oktober stecken, vielen Christinnen und Christen nicht genügend bewusst. Unsere Solidarität mit den jüdischen Gemeinden hierzulande sollte viel lauter sein – auch dann, wenn man zum Beispiel bei Entscheidungen der israelischen Regierung hinsichtlich Gaza nicht immer einer Meinung ist.

International betrachtet gab es in der Vergangenheit deutliche Kritik von jüdischer Seite an der Position der katholischen Kirche. Dem mittlerweile gestorbenen Papst Franziskus war Parteinahme für die Palästinenser und einseitige Kritik an der israelischen Regierung vorgeworfen worden.

Weltweit ist der christlich-jüdische Dialog in einer schwierigen Situation. Zunächst hatte es mit Franziskus gut angefangen. Aber nach dem 7. Oktober gab es Äußerungen von ihm, die ich nicht nachvollziehen konnte. Und dann gab es da noch die von Künstlern aus Bethlehem gestaltete Krippe für den Vatikan im letzten Jahr.

Damals lag das Jesuskind auf einem Palästinensertuch.

Ja, das hat viel Kritik hervorgerufen. Ich war damals in Rom und habe selbst erlebt, wie irritierend das auf jüdische Freunde gewirkt hat. Das Tuch wurde zwar dann entfernt, aber so richtig aufgeklärt ist meines Wissens die Sache bis heute nicht.

Was hören Sie, wenn Sie mit Jüdinnen und Juden sprechen?

Viele erleben heute einen extremen Hass. Wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, was es eigentlich bedeutet, wenn Juden in Deutschland oft automatisch mit dem Staat Israel und dem Handeln seiner Regierung in Verbindung gebracht werden. Ich nehme in den jüdischen Gemeinden schon eine große Sorge und Angst wahr. Durch die Sozialen Medien hat sich unglaublich viel verändert, auch schon vor dem 7. Oktober. Antisemitismus wird ganz offen geäußert. Nicht zufällig stehen die Synagogen und andere jüdische Einrichtungen unter Polizeischutz. Oft habe ich den Eindruck, dass die reale Bedrohung von vielen Nichtjuden gar nicht verstanden wird, was es beispielsweise bedeutet, nur Gottesdienst feiern zu können, wenn die Polizei vor der Tür steht. Ich habe selbst einmal eine Osternacht unter Polizeischutz feiern müssen, weil es einen Drohanruf gegeben hatte. Da haben wir gemerkt, was das mit uns macht: Wir konnten uns nicht unbekümmert treffen. Jüdinnen und Juden erleben das leider jeden Tag.

Wie können die christlichen Kirchen Jüdinnen und Juden unterstützen?

Es geht um gelebte Solidarität. Wir sollten Juden fragen: Wie geht's euch? Und ihre Ängste und Sorgen ernstnehmen. Dazu gehört für mich auch, an die Geiseln zu erinnern, die immer noch in der Gewalt der Hamas sind. Über sie und ihre Angehörigen wird in Deutschland viel zu wenig gesprochen. Dabei haben einige von ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft.

Ende Oktober jährt sich die Konzilerklärung „Nostra aetate“ über das Verhältnis der katholischen Kirche auch zum Judentum zum 60. Mal. Welchen Stellenwert hat „Nostra aetate“ heute?

Der 60. Jahrestag ist ein guter Anlass zu fragen, was die jüdischen Wurzeln für unseren christlichen Glauben bedeuten. Das heißt nämlich, dass wir mit dem Judentum verbunden sind und eine gemeinsame Glaubensgeschichte haben. Wenn man sich das klar macht, wird auch der eigene Glaube reicher. Der Antisemitismus ist daher auch ein Angriff auf uns und auf alles, was uns heilig ist. (kna HG 25.09.2025)

- **Balanceakt des Vatikans. 157 Staaten erkennen inzwischen Palästina als Staat an, Tendenz steigend. Im Fall Israels sind es 162, hier ist die Zahl seit Jahren rückläufig. Der Heilige Stuhl hat schon lange Beziehungen zu beiden. Von Ludwig Ring-Eifel**
In der internationalen Debatte um die symbolträchtige Anerkennung eines palästinensischen Staates nimmt der Heilige Stuhl eine Sonderstellung ein. Kein anderes Völkerrechtssubjekt hat Paläs-

tina so früh anerkannt wie der Heilige Stuhl – auch als Palästina noch nicht einmal ansatzweise ein Staat war, sondern lediglich als geografischer Begriff existierte. Im offiziellen vatikanischen Verzeichnis der Päpstlichen Auslandsvertretungen findet sich schon seit vielen Jahrzehnten ein Eintrag mit dem Titel „Jerusalem und Palästina“, dahinter steht in Klammern ein Datum: 11. Februar 1948. Dieses Datum erinnert daran, dass Papst Pius XII. bereits im Februar 1948 das Gebiet Palästina für wichtig hielt und einen Kirchendiplomaten im Rang eines „Apostolischen Delegaten“ nach Jerusalem entsandte. Erst drei Monate später rief David Ben Gurion den Staat Israel aus. Dieser Staat Israel wiederum, den als erste die USA und die Sowjetunion anerkannten, war aus vatikanischer Sicht noch etliche Jahre inexistent. Die teils kirchliche, teils völkerrechtliche Institution eines Apostolischen Delegaten in „Jerusalem und Palästina“ überdauerte hingegen die wechselvolle Geschichte in der Region. In Aufständen und Kriegen, Eroberungen und Vertreibungen versuchte der Delegat des Papstes, eine leise, vermittelnde Rolle einzunehmen. Dabei wurde er auch zu einer Art informeller Anlaufstelle für die Christen unterschiedlicher Konfessionen vor Ort. Bis heute sprechen die meisten Christen im Heiligen Land arabisch, die Mehrheit definiert sich als Palästinenser.

Beziehungen zu Israel sehr viel später

Mit dem durch erfolgreiche Verteidigungskriege stetig wachsenden Staat Israel nahm der Vatikan sehr viel später diplomatische Beziehungen auf. Erst mussten durch die Konzils-Erklärung „Nostra aetate“ von 1965 sowie durch mehrere historische Gesten von Papst Johannes Paul II. die über Jahrhunderte vergifteten Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem Judentum bereinigt werden. Dabei gingen der religiöse Dialog zwischen Judentum und Kirche und der diplomatische Dialog zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Staat Israel Hand in Hand. So erwähnte der Vatikan 1984 den Staat Israel erstmals in einem offiziellen Dokument, zwei Jahre später besuchte Johannes Paul II. als erster Papst die Synagoge in Rom und nannte die Juden die „älteren Brüder im Glauben“. 1993 wurde dann nach langen, komplizierten Verhandlungen ein Grundlagenvertrag zwischen Israel und dem Heiligen Stuhl unterzeichnet, im Jahr darauf folgte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, sechs Jahre später die historische Papstreise ins Heilige Land.

Vertreter des Papstes in Doppelfunktion

Der Apostolische Delegat in Jerusalem übernahm seit 1994 praktischerweise in Personalunion auch die Aufgabe des Papst-Botschafters (Apostolischer Nuntius) in Israel – mit einem zusätzlichen Dienstsitz in Tel Aviv. Diese Doppelfunktion eines Papstvertreters in Israel und in Palästina ist ein weltweit einmaliges Konstrukt auf der diplomatischen Bühne. Auf der Gegenseite in Rom wurde eine israelische Botschaft „beim Heiligen Stuhl“ eingerichtet. Die Botschafter Israels haben seither stets eine sehr aktive politische Rolle in Rom eingenommen und sich bei Bedarf auch lautstark und kritisch zu päpstlichen Stellungnahmen geäußert.

Schwierige Balance auch im Gaza-Krieg

Etwas stiller ist es um den palästinensischen Botschafter beim Heiligen Stuhl. Bis 2015 wurde er als „Repräsentant der PLO“ im Vatikan-Verzeichnis aufgeführt, seither firmiert er als „Repräsentant des Staates Palästina“. Das Jahr 2015 gilt als das Jahr der Anerkennung eines modernen Palästinenserstaates durch den Heiligen Stuhl – im Sinne der „Zweistaatenlösung“, wie sie seit den 1990er Jahren von vielen UN-Mitgliedern angestrebt und in den Friedensverhandlungen von Oslo unterschriftsreif verhandelt wurde. In der aktuellen Debatte um die mögliche Anerkennung eines palästinensischen Staates durch westliche Staaten hat auch Papst Leo XIV. daran erinnert, dass der Heilige Stuhl Palästina schon seit langem anerkannt hat. Allerdings steht diese Anerkennung mit ihrer langen Historie nicht im Verdacht, dass sie von der Terror-Organisation Hamas als „Belohnung“ für ihren Angriff auf Israel verkauft werden könnte. Zwar waren jüdische und israelische Vertreter in Rom nicht erfreut, als der Vatikan 2015 auch die staatliche Anerkennung Palästinas vollzog. Doch war dieser Schritt damals weniger umstritten als die jetzt erfolgten Anerkennungs-Erklärungen durch Frankreich, Großbritannien, Belgien, Kanada und weitere Staaten.

Pizzaballa wies Weg zur Deeskalation

Jenseits der offiziellen diplomatischen Kanäle sorgt derzeit für Aufmerksamkeit das Agieren eines Kirchenvertreters, der ganz ohne Botschafterstatus zu einem der gefragtesten Vermittler im Heiligen Land geworden ist. Der Lateinische Patriarch von Jerusalem, Kardinal Pierbattista Pizzaballa, war die wichtigste Stimme, als es darum ging, nach dem (möglicherweise unabsichtlichen) Beschuss der einzigen katholischen Kirche in Gaza im Juli die dort ausharrenden Christen und ihre Gäste zu bestärken und Hilfslieferungen zu organisieren.

Und in der aktuellen, angespannten Debatte um die NGO-Flotilla, die erklärt hat, sie wolle mit ihren mit Hilfsgüter-Schiffen Israels Seeblockade vor dem Gaza-Streifen durchbrechen, war wiederum Pizzaballa gefragt. Er war der einzige, der einen realistischen Vorschlag zur Deeskalation machte, indem er für einen Umweg der Hilfsgüter über Zypern plädierte – vorerst vergeblich, wie es aussieht.

Ähnlich wie der Apostolische Delegat in Jerusalem sucht auch Pizzaballa einen Mittelweg zwischen Israel und Palästina. Ursprünglich war er als Seelsorger für die kleine Minderheit der hebräisch sprechenden Christen zuständig und durchaus Israelfreundlich gesinnt. Dann hat er in seiner Rolle als Patriarch (seit 2020) seinen kritischen Ton in Richtung Israel verschärft – vor allem, seitdem Netanjahus Armee in Gaza Krieg führt. Eine einseitige Verurteilung Israels vermeidet er jedoch ebenso wie das Wort Genozid. (kna HG 02.10.2025)

- **Von der Erklärung der deutschen katholischen Bischöfe zum Gaza-Krieg ist Christoph Fleischmann enttäuscht, wie er in „Publik Forum“ darlegt:**

„[...] Wer nun Neuigkeiten erwartet, wird enttäuscht. Das vierseitige Papier der Bischöfe ist ohne Ecken und Kanten. [...] Ob das den Gläubigen nun hilft sich zu orientieren, wenn die Bischöfe das sagen, was man gefahrlos zu dem Konflikt sagen kann, ohne sich in die Nesseln zu setzen? [...] Müssen sich Kirchen aus Deutschland wirklich zum Nahost-Konflikt äußern?

Etwas spannender ging es bei der Positionierung der Protestanten zu: Da ging es um den Begriff ‚Apartheidstaat‘, der international längst zur gängigen Münze geworden, in Deutschland aber heikel ist. [...] Ob nun Leisetreterei oder das Abarbeiten an Reizworten: Letztlich geht es denen, die da was erklären, um ihre eigene Positionierung. Gehören wir zu den Guten, können wir zeigen, das Richtige aus der Geschichte gelernt zu haben? Das ist verständlich vor dem Hintergrund der großen Schuld, die die Vorväter und -mütter der heute lebenden Deutschen auf sich geladen haben. Wenn Menschen aus Deutschland – und das gilt wohl nicht nur für Kirchenleute – sich zum Nahostkonflikt äußern, dann wird allzu oft auch die eigene Schuldgeschichte mit bearbeitet. Das hilft den Menschen von heute in den Kriegsgebieten nicht. [...] Es wäre angemessener zu sagen: Beim Thema Nahost-Konflikt sind wir durch unsere eigene Schuldgeschichte immer noch gefangen und befangen. Und wer befangen ist, darf schweigen – und sollte das auch tun. [...] Statt [...] sich selber zu positionieren – sei es ängstlich, sei es verbal-radikal – könnten die Kirchen hierzulande besser den Stimmen aus den Konfliktparteien eine Bühne bieten, die sich für Frieden und gegenseitige Anerkennung einsetzen. [...] Die deutsche und die christliche Schuldgeschichte gegenüber den Jüdinnen und Juden sollten die Kirchen nicht über ihre Positionierung zum Nahostkonflikt austragen.“ (kna HG 02.10.2025)

- **In der „Jüdischen Allgemeinen“ positioniert sich Daniel Neumann gegen die vielfach propagierte Zwei-Staaten-Lösung:**

„[...] Seit gut 110 Jahren haben sich Staatslenker, Politiker und Diplomaten aller Couleur die Zähne in dem Versuch ausgebissen, eine Lösung zu finden. Erfolglos. Was daran liegt, dass sie den Kern des Problems bis heute nicht verstanden haben. Oder nicht verstehen wollen. Dabei ist es erschreckend einfach: Die eine Seite will die andere Seite tot sehen. Konzilianter ausgedrückt: Die Juden bestehen auf ihrem eigenen Staat und die Araber wollen ihn zerstören. [...] So einfach ist das. Und so kompliziert. Denn es ist eine Grundkonstante, die sich bis heute durchzieht. Auch wenn sich die Rahmenbedingungen und die Machtverhältnisse verändert haben. 1937, 1947, 1967, 2000, 2005, 2008, 2020: Jeder Versuch einer Lösung lief bislang ins Leere. Jedes Angebot wurde zunächst von den Arabern und später von den Palästinensern abgelehnt. [...] Der Beweis: Selbst die weitreichendsten israelischen Angebote für einen Palästinenserstaat und damit den Grundstein der Zweistaatenlösung der Jahre 2000 und 2008 blieben unbeantwortet oder wurden zurückgewiesen. [...] Einen weiteren Terrorstaat an Israels Grenze wird es nicht geben! Weder in Gaza noch in der West-bank. Israel wird keinen von den Europäern begleiteten Selbstmord begehen. Und sie werden auch keine Sterbehilfe der Vereinten Nationen akzeptieren. Komme, was wolle. [...] Denn die internationale Diplomatie findet genauso wie die Machtpolitik dort ihr Ende, wo es um das eigene Überleben geht. Wo die eigene Existenz auf dem Spiel steht. Das heißt im Klartext: Die Zweistaatenlösung ist am Ende! Jedenfalls auf absehbare Zeit. Und solange der palästinensische Fiebertraum von der Vernichtung Israels nicht aufgegeben wird, wird sich daran auch nichts ändern. [...]“ (kna HG 02.10.2025)

- **Italiens katholische Kirche will Krankenhaus in Gaza betreiben**

Die katholische Italienische Bischofskonferenz (CEI) will zusammen mit dem Lateinischen Patriarchat von Jerusalem ein Krankenhaus in Gaza eröffnen. Damit wolle man helfen, den schweren

Gesundheitsnotstand vor Ort zu lindern, erklärte die CEI. Ihr Generalsekretär, Erzbischof Giuseppe Baturi, hatte vom 27. bis 30. September eine Reise ins Heilige Land unternommen. Dort war Baturi unter anderem mit dem Lateinischen Patriarchen, Kardinal Pierbattista Pizzaballa zusammengetroffen. Dabei habe Pizzaballa betont, wie wichtig konkrete Gesten und Empathie in einer Zeit der Einsamkeit und Verlassenheit seien. Bereits während des Besuchs in Jerusalem hatte Baturi das Gemeinschaftsprojekt angekündigt. Konkrete Angaben zu Zeit und Ausmaß machte er nicht. Neben der medizinischen Versorgung engagiert sich die CEI für die Unterstützung von Familien, Geistlichen und Jugendlichen in der Region, indem sie sich um deren Bedürfnisse bei Ernährung, Arbeit, Wohnen und Bildung kümmert. (kna HG 02.10.2025)

- **Zwischen Trauer, politischer Spannung und wachsendem Antisemitismus: Am zweiten Jahrestag des Hamas-Massakers gestaltete sich das Gedenken in Deutschland anders als noch vor einem Jahr. Wo die Knackpunkte liegen. Von Karin Wollschläger**

Am Dienstagabend leuchtete am Brandenburger Tor zwei Stunden lang in großen Lettern „Bring them home now“ – die zentrale Forderung am zweiten Jahrestag des Hamas-Massakers in Israel, endlich die Geiseln freizulassen, die sich immer noch in der Gewalt der Terrororganisation befinden. Am 7. Oktober 2023 ermordeten Hamas-Terroristen in Südisrael fast 1.200 Menschen, davon mehr als 400 beim Nova-Festival, und sie verschleppten zahlreiche Geiseln. Zwei Jahre später befinden sich noch 48 lebende und tote Geiseln in Gaza. Seit Beginn des Gaza Kriegs starben nach Schätzungen mehr als 65.000 Palästinenser und mehr als 450 israelische Soldaten.

Das beispiellose Verbrechen der Terrororganisation Hamas zeitigt vielfältige, anhaltende Folgen, die auch in Deutschland spürbar sind. Es dient allerdings auch zur Rechtfertigung für Kriegsverbrechen. Im Mai 2024 erließ der Internationale Strafgerichtshof einen Haftbefehl gegen Israels Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu. Der Chefankläger führt das Aushungern von Zivilisten, Angriffe auf die Zivilbevölkerung, Ausrottung, Mord, Verfolgung und andere unmenschliche Handlungen als Vorwürfe auf. Das militärische Vorgehen Israels löste zuletzt auch in Deutschland immer stärkere Kritik aus. Als Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) im August verkündete, vorerst keine Ausfuhren von Rüstungsgütern mehr an Israel zu genehmigen, die im Gazastreifen eingesetzt werden könnten, schrieb der Chefredakteur der „Jüdischen Allgemeinen“, Philipp Peyman Engel: „Die Staatsräson ist tot“.

Merz bekräftigt unlängst, dass das Bekenntnis zur Existenz und zur Sicherheit Israels ein „unverhandelbarer Bestandteil der normativen Fundamente“ Deutschlands sei. Eine Kritik an der Politik der israelischen Regierung müsse möglich und könne sogar nötig sein, so der Kanzler. „Dissens in der Sache ist keine Illoyalität.“ In dieser Spannung fand das Gedenken in diesem Jahr statt. In Debatten um den Nahost-Konflikt ist immer wieder ein Entweder oder zu beobachten: Solidarität mit Israel oder Mitgefühl mit den Palästinensern. Lässt sich am Jahrestag des Massakers, dem größten Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Schoah, auch das Leid der Palästinenser seitdem ins Wort bringen – ohne damit sofort wieder die jüdische Seite zu verletzen?

Der evangelische Berliner Bischof Christian Stäblein brachte die Herausforderung im Gedenkgottesdienst auf den Punkt: „Sie merken, ich ringe um Worte - wir wollen aller Unschuldigen und aller Opfer dieses Terrors der Hamas gedenken und spüren, wie schwer die Sätze zu bilden sind in dieser Stunde, jeden Tag. Wir haben Angst, dass wir übersehen, verdrängen, ja, wir haben diese Sorge und wir spüren, wie Menschen davon getroffen sind, dass wir nicht die richtigen Worte finden. Vielleicht gehört auch das zu diesem Tag, das auszusprechen. Es geht nicht um Konkurrenz der Opfer, auch nicht im Gedenken. Es geht um Leben. Und die Klage über so viel Tod und Töten.“

Dass das Gedenken herausfordernder geworden ist, zeigt sich auch im Vergleich: Zum ersten Jahrestag des 7. Oktobers gab es in der voll besetzten Berliner Gedächtniskirche einen interreligiösen Gottesdienst mit viel Prominenz. Im Anschluss hielt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eine viel beachtete Rede, in der er vor einer „leichtfertigen Verurteilung Israels“ warnte und konstatierte, Deutschland stecke in einer Zerreißprobe. Am zweiten Jahrestag nun war offenbar solch ein großes interreligiöses Gedenken nicht mehr möglich. Zum Gottesdienst mit Erzbischof Heiner Koch und seinem evangelischen Amtsbruder Stäblein kamen gut 120 Menschen in die Berliner Sankt Hedwigs-Kathedrale. Bundespräsident Steinmeier besuchte unterdessen die jüdische Gemeinde in Leipzig und traf jüdische Bürger zum Gespräch – allerdings hinter verschlossenen Türen. Für Journalisten war es nur als „Bildtermin bei der Begrüßung“ zugänglich. Steinmeier besuchte auch die Laubhütte der jüdischen Gemeinde. In diesem Jahr

wird vom 6. bis 13. Oktober das Laubhüttenfest Sukkot begangen, es ist ein jüdische Pilger-, Wallfahrts- und Erntedankfest.

Auf dem offiziellen Terminkalender von Kanzler Merz stand indes für den 7. Oktober nur sein Antrittsbesuch in Bremen, mit Besichtigung des Überseehafens. Allerdings veröffentlichte er am Morgen eine Videobotschaft, in der er sagte, dass er große Hoffnungen in den aktuellen Friedensprozess für ein Ende des Gaza-Kriegs setze. Mit Sorge blicke er auf „eine neue Welle des Antisemitismus“ in Deutschland. Dieser zeige sich in altem und neuem Gewand in den Sozialen Medien, an Universitäten und auf den Straßen – „immer lauter, immer unverschämter und immer öfter auch in Form von Gewalt“. Damit fasste der Kanzler zusammen, was eine ganze Reihe von Studien, Umfragen und Erhebungen belegen, die rund um den Jahrestag gehäuft publiziert wurden: In Deutschland hat der Juden Hass seit dem 7. Oktober 2023 messbar massiv zugenommen. So zählte etwa die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus 8.627 antisemitische Vorfälle im Jahr 2024, ein Anstieg von 77 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sieht eine zunehmende Hass- und Gewaltbereitschaft gegen Jüdinnen und Juden in Deutschland und spricht von einer erheblichen Gefährdungslage. Auch das gehört zur traurigen Bilanz am zweiten Jahrestag des Massakers. (kna HG 09.10.2025)

- **Wäre hier etwas neu auszutarieren? Die Waffen zwischen der palästinensischen Terrororganisation Hamas und Israel schweigen. Von einem Frieden ist der Nahe Osten aber weit entfernt. Wie kann es nun weitergehen – und was kann Deutschland beitragen? Von Joachim Heinz**

Israel, Hamas, die deutsche Nahost-Politik: Unter vielen Vertretern aus Wissenschaft und Gesellschaft herrscht dazu offenbar erhöhter Gesprächsbedarf. Neun eng bedruckte Seiten umfasst ein Expertenpapier für eine nahostpolitische Wende, das Anfang des Monats veröffentlicht wurde: „Jenseits der Staatsraison: Wie historische Verantwortung, strategische Interessen und Völkerrecht in Einklang gebracht werden können“. Der Titel mag etwas hölzern wirken. Aber im weiteren Verlauf sprechen die rund 170 Unterzeichner, darunter der ehemalige EU-Außenbeauftragte Josep Borrell und der frühere Knesset-Sprecher Avraham Burg oder die Publizistin Eva Menasse, Klartext. Sie benennen Schieflagen in der öffentlichen Debatte und wünschen sich eine stärkere Rolle Deutschlands und der EU bei der Suche nach Lösungen in dem seit Jahrzehnten währenden Nahost-Konflikt. „Für mich ist entscheidend, dass man eine Regelung findet, in der beide Völker ihr Recht auf Selbstbestimmung verwirklichen können. Eine Regelung, die die Verwirklichung dieses Rechts so garantiert, dass alle Menschen zwischen Jordanfluss und Mittelmeer in Würde und in Sicherheit leben können“, sagt Muriel Asseburg.

Fernziel Zwei-Staaten-Lösung

Die Politologin von der renommierten Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), einem der größten Thinktanks in Europa, gehört zu den Hauptautorinnen des Papiers. Und macht sich keine Illusionen. Von diesem Ziel, das gemeinhin mit der Formel „Zwei-Staaten-Lösung“ umschrieben wird, sei man derzeit weit entfernt. „Dennoch bleibt die einzige Alternative zu einer solchen Konfliktregelung, dass wir andauernde Unterdrückung haben, dass wir andauernde Gewalt, dass wir Terror, dass wir Blutvergießen haben.“

Nachdenken über Auswege aus dem Kreislauf von Terror und Gewalt, lautet aus Sicht von Asseburg und ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern das Gebot der Stunde. Doch da gibt es mit Blick auf die vergangenen Monate ein gewisses Unbehagen. Das wiederum hängt mit einer Rede der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel zusammen. Und mit dem allgemeinen Klima in der öffentlichen Debatte in Deutschland. Im Jahr 2008 hatte Merkel bei einem vielbeachteten Auftritt vor der israelischen Knesset gesagt: „Jede Bundesregierung und jeder Bundeskanzler vor mir waren der besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels verpflichtet. Diese historische Verantwortung Deutschlands ist Teil der Staatsräson meines Landes. Das heißt, die Sicherheit Israels ist für mich als deutsche Bundeskanzlerin niemals verhandelbar.“

Die Unterzeichner des Papiers stoßen sich an der vagen Idee der Staatsräson. Und sind damit offenbar nicht allein. Zuletzt etwa gab der SPD-Politiker Rolf Mützenich in einem „Spiegel“-Interview zu Protokoll, er habe seinerzeit zu den wenigen gehört, die den Begriff kritisch hinterfragt hätten. „Das hat mir Vorwürfe bis hin zum Antisemitismus eingebracht. Der Begriff der Staatsräson wurde von israelischen Regierungen fälschlicherweise so interpretiert, dass Deutschland deren Entscheidungen nicht hinterfragen dürfe“, so Mützenich. Deswegen begrüße er entsprechende Klarstellungen von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU).

So ähnlich sieht es auch Politologin Asseburg. Die historische Verantwortung Deutschlands aus der Schoa, dem Mord an sechs Millionen europäischen Juden während des NS-Regimes, erschöpfe sich nicht im Eintreten für Israels Sicherheit. Sondern habe dazu geführt, dass Deutschland aus seiner eigenen Geschichte heraus zu einem Vorreiter von Völkerrecht und Menschenrechten geworden sei.

Vor diesem Hintergrund blicken Asseburg und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter kritisch auf die Unterstützung der aktuellen israelischen Regierung unter Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. Diese könne man nur mit großer Mühe als Wertepartnerin sehen. In Israel bauten die verantwortlichen Politiker um Netanjahu die Demokratie ab, verfolgten eine Annexionsagenda im Westjordanland und hätten im Krieg im Gazastreifen schwere Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen.

Ihr Papier, das betonen Asseburg und die anderen Autoren gleich zu Beginn, sei geleitet „von einem festen Bekenntnis zum Völkerrecht und zum Grundgesetz, einem Bewusstsein für historische Verantwortung und tief empfundener Empathie für die unzähligen unschuldigen Opfer der humanitären Katastrophe im Nahen Osten“. Dazu gehörten jene Menschen in Israel, die am 7. Oktober 2023 von der Terrororganisation Hamas und anderen militanten Gruppen getötet, misshandelt und entführt worden seien, „sowie die große und stetig wachsende Zahl von Palästinensern, die seitdem von Israel getötet, misshandelt und ohne ordentliches Verfahren inhaftiert wurden“.

Wie über das Leid von Israelis und Palästinensern in der deutschen Öffentlichkeit bislang gesprochen wurde, ist ein weiterer Kritikpunkt der Vertreter aus Wissenschaft und Gesellschaft, die das Papier unterzeichnet haben. Unter Fachleuten gab und gibt es laut Politologin Asseburg einen offenen Austausch. In der breiteren Öffentlichkeit hingegen stellt sie Angst und mitunter Tendenzen zu Selbstzensur fest. Für Grautöne sei wenig Platz – und manche Einlassungen wie eine Gleichsetzung der Hamas mit den Nazis schlicht Unsinn.

20-Punkte-Plan als Arbeitsgrundlage

Was sollte nun aus alledem folgen? Scharfmachern, egal von welcher Seite, gelte es entgegenzutreten, fordern die Experten mit Blick auf die öffentliche Debatte. Und auf politischer Ebene? Am wichtigsten sei es, jetzt mit dem 20-Punkte-Plan von US-Präsident Donald Trump weiterzuarbeiten, sagt Asseburg. „Es gibt keine Alternative dazu, und gleichzeitig hat dieser Plan sehr viele Schwächen und Probleme.“ Die Bundesregierung solle mit den anderen EU-Staaten und Partnern in der arabischen Welt darauf hinwirken, die in dem Plan vorgesehenen Maßnahmen so umzusetzen, dass sie nicht nur kurzfristigen Sicherheitsinteressen dienen, sondern langfristig auf Konfliktregelungen abzielen.

Vielleicht kann auch die ehemalige Kanzlerin einen Impuls hin zu einer Wende in der Nahostpolitik setzen. Im November reist sie nach Israel, weil sie die Ehrendoktorwürde des Weizmann-Instituts für Wissenschaften erhält. In ihrer Rede 2008 hatte Merkel übrigens nicht nur von der deutschen Staatsräson gesprochen, sondern auch betont: „Deutschland tritt entschieden für die Vision von zwei Staaten in sicheren Grenzen und in Frieden ein – für das jüdische Volk in Israel und das palästinensische in Palästina.“ (kna HG 30.10.2025)

- **Gelehrten-Kongresse aus Anlass eines Jubiläums sind oft Pflichtübungen mit wenig Erkenntnisgewinn. Beim Kongress an der die Universität Gregoriana zum 60. Jahrestag des Konzilsdokuments „Nostra aetate“ war es anders. Von Ludwig Ring-Eifel**

Vom 27. bis 29. Oktober debattierten Fachleute in Rom über den Text, der vor 60 Jahren das Verhältnis der katholischen Kirche zu den anderen Religionen nicht nur in der Theorie grundlegend veränderte. Die kürzeste aller Konzilserklärungen hat, das wurde deutlich, das Miteinander der Religionen auch auf praktischer Ebene nachhaltig verändert. Dabei wirken, auch das zeigte sich bei dem Kongress, die Entstehungsgeschichte und die inhaltlich wenig homogene Struktur des Dokuments „Nostra aetate“ bis heute nach. Die Erklärung des Konzils war ursprünglich als eine Neubestimmung des Verhältnisses zwischen der katholischen Kirche und dem Judentum initiiert worden. Doch dann wurde sie – auch aus politisch-diplomatischen Gründen – umgeschrieben und ausgeweitet zu einem Text, der die Beziehungen der Kirche zu allen Weltreligionen auf eine neue Grundlage stellt. Dies zeigt sich im Konzils-Text an den sehr unterschiedlichen Längen und Gewichtungen: Dem Verhältnis zum Judentum ist ein ausführliches und theologisch gründlich durchdachtes Kapitel gewidmet. Der Islam kommt immerhin noch in einem eigenen kurzen Kapitel mit einigen Sätzen vor; doch die übrigen Weltreligionen wie Hinduismus und Buddhismus werden nur sehr kurz abgehandelt. Andere, wie etwa der Sikhismus oder der Jainismus, finden überhaupt keine Erwähnung.

Lücken im Text sind kein Hindernis

Mit diesen „Lücken“ im bis heute wichtigsten Grundlagentext der katholischen Kirche für ihr Verhältnis zu anderen Glaubensgemeinschaften befassten sich bei dem Kongress in Rom eigene Vorträge. Dabei wurde überraschend deutlich, dass die vor 60 Jahren gefundene Kompromissformel bis heute anschlussfähig ist. Sie lautet, dass die Kirche „nichts von alledem ablehnt, was in diesen Religionen wahr und heilig ist“ und dass sie anerkennt, dass „die Vorschriften und Lehren, die zwar in manchem von dem abweichen, was sie selber für wahr hält und lehrt, doch nicht selten einen Strahl jener Wahrheit erkennen lassen, die alle Menschen erleuchtet“. In diesen Worten können sich auch die nicht ausdrücklich genannten Religionen ohne größere Verrenkungen wiederfinden. Mehrere Vorträge brachten das Paradox zum Ausdruck, dass diese Formeln, obwohl (oder gerade weil) sie eher kurz und „nebulös“ gehalten sind, ihr Potenzial bis heute entfalten und als tragfähige Grundlage auch im 21. Jahrhundert taugen. Dies gilt auch für das derzeit in manchen Ländern sehr schwierige Verhältnis von Islam und Christentum. Hier machte die Tagung deutlich, dass das im Koran enthaltene Potenzial der positiven islamischen Würdigung von Maria und Jesus noch bei weitem nicht ausgeschöpft ist.

Christlich-jüdische Sonderbeziehung

Die mit Abstand spannendsten Debatten, aber auch scharfe Konflikte, entwickelten sich in den Teilen des Kongresses, die dem christlich-jüdischen Verhältnis gewidmet waren. Das Judentum nimmt aus Sicht der Christen unter den Religionen eine Sonderstellung ein. Denn es gehört aus Sicht der Christen, wie es ein Kongress-Teilnehmer formulierte, „zur Familie“ – oder, um es mit den Worten von Johannes Paul II. zu sagen: „Sie sind unsere älteren Brüder im Glauben.“ Aber so, wie es innerhalb von Familien oft zu heftigerem Streit kommt als zwischen entfernteren Nachbarn, waren es beim Kongress in Rom die christlich-jüdischen Konflikte, die sich am lautesten bemerkbar machten. Das begann gleich am ersten Tag mit einem Vortrag des in Neapel lehrenden Tessiner Theologen Mario Imperatori. Er zog eine Parallele zwischen der Schoah und dem, was israelische Truppen („als Enkel der Opfer der Schoah“) nach dem 7. Oktober 2023 im Gaza-Streifen anrichteten und provozierte damit erzürnte Reaktionen jüdischer Teilnehmer. Gleich auf mehreren Ebenen versuchte die katholische Seite die Wogen zu glätten: Das Tagungspräsidium distanzierte sich unverzüglich von den Ausführungen des Schweizer Jesuiten. Und am letzten Tag griff der in Salzburg lehrende Theologe Gregor Maria Hoff den Eklat nochmals auf und bescheinigte „denen, die solche Thesen vertreten“, dass sie nichts von dem verstanden hätten, worum es in „Nostra aetate“ gehe.

Der Papst bedauert Missverständnisse

Papst Leo XIV. persönlich äußerte sich auf großer Bühne in einer Weise, die den Schluss zulässt, dass auch er über den Vorfall informiert worden war. Bei der Generalaudienz auf dem Petersplatz, an dem die jüdische Kongress-Delegation in herausgehobener Position teilnahm, betonte er, dass seit „Nostra aetate“ alle seine Vorgänger „den Antisemitismus mit klaren Worten verurteilt“ hätten und fuhr fort: „Und so bestätige auch ich, dass die Kirche den Antisemitismus nicht toleriert und ihn bekämpft – und das aufgrund des Evangeliums selbst!“ Gleichzeitig räumte der Papst ein, „dass es in der gegenwärtigen Phase Missverständnisse, Schwierigkeiten und Konflikte gab“. Diese hätten aber nie die Fortsetzung des Dialogs verhindert. Er fügte hinzu: „Auch heute dürfen wir nicht zulassen, dass politische Umstände und die Ungerechtigkeiten einiger diese Freundschaft gefährden, zumal wir schon so viel erreicht haben. Der Geist von ‚Nostra aetate‘ erleuchtet weiterhin den Weg der Kirche.“

Vorfall mit einem Schweizergardisten

Unklar ist, ob der Papst zu diesem Zeitpunkt auch über einen weiteren Vorfall informiert war, der sich nach Aussagen von Kongressteilnehmern am Tag zuvor ereignet haben soll, als die mit Kippa bekleideten jüdischen Delegierten zur vatikanischen Audienzhalle kamen, um dort den Papst in einer geschlossenen Veranstaltung zu treffen. Laut Aussagen des Salzburger Theologen Hoff soll ein Schweizergardist in Richtung der Delegierten ausgespuckt und auf Französisch „Juifs“ (Juden) ausgerufen haben. Die Sache wird derzeit vatikanintern untersucht. Bemerkenswert ist, dass ungeachtet der beiden Vorfälle die Stimmung unter den jüdischen und christlichen Kongressteilnehmern am Ende der drei Tage positiv bis euphorisch war. In ihren Schlussansprachen betonten Teilnehmer beider Glaubensgemeinschaften, dass das Netz der persönlichen Beziehungen und der akademische Austausch eine so belastungs- und tragfähige Basis bilde, wie dies 60 Jahre zuvor noch niemand zu hoffen gewagt habe. Dies war nicht zuletzt im freundschaftlichen Umgang der Delegierten miteinander zu spüren. Allerdings zeigen die beiden unschönen Vorfälle am Rande, dass außerhalb der gut gepflegten „Blase der Dialog-Spezialisten“ noch viel zu tun ist, um alte und neue Vorurteile zu überwinden. (kna HG 06.11.2025)

- **Gefährlicher Extremismus. Demokratie und Freiheit sind unter Druck geraten. Wie können sie sich bewähren, und welche Rolle haben dabei Religionsgemeinschaften? Darüber wurde bei der jüngsten Münchner Demokratiekonferenz 2025 debattiert. Von Barbara Just**

Wenn über Stunden ein Polizeiauto vor dem Münchner Prinz-Carl-Palais steht, muss dort wohl eine wichtige Veranstaltung stattfinden. Und in der Tat diente der repräsentative Amtssitz des bayerischen Ministerpräsidenten am 19. November der Münchner Demokratiekonferenz als Konferenzort. Finanziell gefördert vom Freistaat Bayern hatte die Europäische Rabbinerkonferenz unter anderem mit dem Bayerischen Bündnis für Toleranz eingeladen, sich einen Tag lang Zeit zu nehmen, um zu diskutieren, wie sich Demokratie und Freiheit angesichts einer Welt in politisch turbulenten Zeiten bewähren können.

Vorausgeschickt sei, dass der Polizeischutz nicht nur den Vertretern des Judentums galt, wo dies leider längst zur Normalität gehört. Er ist permanent auch notwendig für die ebenfalls eingeladene Anwältin und Frauenrechtlerin Seyran Ates mit türkischkurdischen Wurzeln. Bei solchen gesetzten Rahmenbedingungen stellt sich dennoch die Frage, was aktuell die größte Bedrohung für die Freiheit ist? Für den als Islamismus-Experten bekannten Ahmad Mansour sind es alle Arten von Extremismus, egal ob von rechts oder links. Die bedienten sich gegenseitig. Er weigere sich diesen „Wettbewerb der Extremisten“ zu betreiben, so der 49-Jährige israelisch-deutsche Psychologe und Autor arabisch-palästinensischer Herkunft. Zuletzt sei der Fehler gemacht worden, sich immer nur auf eine Art des Extremismus zu konzentrieren. Ates stimmte ihm zu. Lange habe man nur auf den Rechtsextremismus geschaut, manche hätten einfach den Linksextremismus nicht wahrhaben wollen. Letztlich aber seien es immer bestimmte Personen, die von einer bestimmten Gruppe bedroht würden. Bei ihr selbst etwa seien es definitiv Muslime. Die noch viel größere Gefahr für die Demokratie sieht Mansour indes in den sogenannten Sozialen Medien. „Wir bewegen uns in Blasen. Algorithmen zeigen uns die Realität oder Teile der Realität.“ Influencer hätten heute die Macht, die Demokratie durch Desinformationen zu zerstören. Dies gelte nicht nur für Deutschland sondern weltweit, warnte er.

Identität und Halt in Deutschland Mangelware

Dass gerade junge Menschen für extremistische Gruppen anfällig seien, erklärt Mansour unter anderem damit, dass die derzeitigen Politik-Krisen viele überforderten. „Und wo Überforderung existiert, suchen viele nach einer einfachen Antwort.“ Dazu komme, dass eine identitätsstiftende, haltgebende Entwicklung in Deutschland Mangelware sei. „Wir bieten kaum was an“, lautete sein Vorwurf. Jugendliche aber wollten dazugehören, und dieses Gefühl zu einer Elite zu gehören und Halt zu finden, böten Extremisten an. „Die Islamisten sind die besseren Sozialarbeiter“, so der Experte. Sie gingen dorthin, wo Jugendliche seien, machten Angebote und schafften Bindung. Bis 2019 sei das in erster Linie auf der Straße passiert, in Diskotheken oder bei einem Fußballspiel. Seit Corona habe sich alles ins Digitale verlagert. Die gesamte islamistische Szene habe sich umstrukturiert. Die Leute würden nicht mehr in Moscheen radikalisiert, sondern in den Sozialen Medien, wo ihnen, wenn sie auf einem Video länger blieben, der Algorithmus ihren Feed mit entsprechendem Material volllaufen lasse. Die Radikalisierung von vorher absolut nicht religiösen Menschen erfolge dann in kurzer Zeit, wie die Fälle Solingen, Mannheim und München gezeigt hätten.

Ates ergänzte, schon Youtube sei ein Brandbeschleuniger gewesen. Längst sei klar, dass gegen solche Narrative Gegennarrative erzeugt werden müssten. Doch politischer Wille und Geld dafür fehlten, um gegen solche Profis anzugehen: „Ich frage mich, warum verteidigen wir nicht unsere Werte?“ Es entstünden immer mehr Parallelgesellschaften. Die 62-jährige Frauenrechtlerin plädierte für eine radikale Bildungsreform: In der Grundschule müsse den Kindern Lesen, Schreiben, Rechnen und Demokratie gelehrt werden. Sie müssten medienkompetent werden und „Fake-News“ von Wahrheit unterscheiden können. Vor allem aber, und da war sie sich mit Mansour einig, sollten Mädchen und Jungen in Debattierclubs einüben, mit Argumenten und Gegenargumenten mündig zu diskutieren.

Juden als Experten für ein Leben als Minderheit

Und wie steht es um die Religionsfreiheit in einem säkularen Staat? Die Muslime, so Oberrabbiner Pinchas Goldschmidt, hätten immer in Staaten gelebt, wo sie die Mehrheit gewesen seien. Nun müssten sie sich, zugewandert in europäische, moderne Staaten, mit der Aufklärung auseinandersetzen. Die Juden stünden beispielhaft dafür, dass sie in den vergangenen 2.000 Jahren immer eine Minderheit ohne Staat gewesen seien, ohne Militär und oft ohne Rechte. „Wir wurden die größten Experten in der Welt, wie wir als Minderheit überleben können.“

Auch die katholische Kirche hat sich laut dem Münchner Domdekan und früheren Leiter des Katholischen Büros, Lorenz Wolf, nicht leicht getan mit dem Anspruch, die einzig wahre Religion zu sein. Doch der Holocaust, die Verfolgung und Ermordung von Millionen Juden war der Anlass im Zweiten Vatikanischen Konzil (1962–1965) eine Erklärung wie „Nostra Aetate“ zu verabschieden. Die Annäherung an das Judentum sei leichter gefallen, weil man das Alte Testament gemeinsam habe. „Wir haben die gleiche Grundlage, die gleiche Geschichte“, so Wolf. Das habe dazu geführt, dass die katholische Kirche mit den Juden ins Gespräch kommen wollte. Erst später sei zu diesem interreligiösen Dialog auch der Islam hinzugekommen. Es gehe darum, dass Religionen das Gemeinsame suchen und im Gespräch bleiben sollten, so der Domdekan. Damit könnten sie Vorbild sein. Aber leider gehe von Religionen auch immer wieder Unheil und Fanatismus aus. Bayerns evangelischer Landesbischof Christian Kopp ergänzte, indem er den Zentralratspräsidenten der Juden in Deutschland, Josef Schuster, zitierte, demzufolge die Kirchen Motoren des interreligiösen Dialogs seien. „Du kannst nicht Christ oder Christin sein, ohne mit deinen Geschwistern in Kontakt zu sein.“ Religionsgemeinschaften organisierten Gemeinsamkeit. „Für uns Christen ist das ein kostbares Gut, denn wir haben wenig Gemeinsames im Moment in der Welt.“ Dieser Beitrag sollte nicht unterschätzt werden.

Demut in Zeiten von Social Media

Waqar Tariq, Mitglied des Bundesvorstands des Liberal-Islamischen Bundes sagte, Religionen könnten durchaus ideale Beiträge für die Gesellschaft leisten, im Sinne von Werten und Menschenbildern. Dazu gehöre auch etwa Demut, gerade in einer Zeit, wo sich auf Social Media jeder für den Besseren hält. Religionen machten deutlich, der Mensch habe sich nicht selbst erschaffen, sondern es gebe eine höhere Instanz. Auch im Grundgesetz sei schließlich in der Präambel die Verantwortung vor Gott erwähnt. Goldschmidt ging sogar soweit, dass er sagte, die leerer werden Kirchen in Deutschland seien ein Problem für die ganze Gesellschaft. Denn die Gemeinschaft gehe verloren, Familien zerfielen, die Menschen hätten nur noch ihr Smartphone oder den Computer. So blieben Werte auf der Strecke. Alle Religionen sollten deshalb in Europa ein bisschen mehr tun, um die Menschen wieder zusammenzuführen. (kna HG 20.11.2025)

- **Der Papst und die Juden – 15 Millionen Euro für Forschungsprojekt**

Ein Forschungsprojekt des Münsteraner Kirchenhistorikers Hubert Wolf über Papst Pius XII. und seine Haltung zum Holocaust bekommt eine Millionen-Förderung. Wie der Zusammenschluss von acht deutschen Wissenschaftsakademien – die Akademienunion – in Mainz mitteilte, erhält der an der Universität Münster lehrende Wolf (66) für sein Projekt eine Langzeitförderung von 15,4 Millionen Euro über die kommenden 25 Jahre. Wolf und sein Team arbeiten seit mehreren Jahrzehnten in den Archiven des Vatikans. Zuletzt forschte der Historiker vor allem zu Papst Pius XII. (1939–1958) und dessen Haltung zum Holocaust. Kritiker werfen Pius, mit bürgerlichem Namen Eugenio Pacelli, vor, zur Vernichtung der Juden öffentlich geschwiegen zu haben.

Als der Vatikan 2020 die Archive zur Amtszeit des Papstes öffnete, stießen Wolf und sein Team eher zufällig in sechs verschiedenen Archiven auf rund 10.000 Bittschreiben verängstigter europäischer Juden, die sich zwischen 1939 und 1945 an Papst und Kurie wandten und um Hilfe baten. Wolf machte daraus das Forschungsprojekt „Asking the Pope for help“ (Den Papst um Hilfe bitten). In den kommenden Jahren sollen alle Schreiben – viele von ihnen handschriftlich und in unterschiedlichen Sprachen verfasst – entziffert, übersetzt, analysiert und in einer Datenbank veröffentlicht werden. Mithilfe von Künstlicher Intelligenz wollen die Wissenschaftler auch herausfinden, wer im Vatikan wie über die Bittgesuche entschied und wie der Papst selber einbezogen war. Auch die biografischen Daten der Bittsteller und der Bearbeiter in der Kurie sollen zusammengestellt werden. Der Kirchenhistoriker betont, die Analyse dieser Quellen sei entscheidend für das Verständnis des Verhaltens von Papst und Kurie. Das von der Akademienunion getragene Programm für geisteswissenschaftliche Studien ist weltweit einzigartig. Es wird einmal jährlich ausgeschrieben und richtet sich an Forschungseinrichtungen mit Sitz in Deutschland. Die Finanzierung erfolgt durch den Bund und die Länder. (kna HG 04.12.2025)

2. Aus der jüdischen Welt – Israel

- **Ende der Steuer-Schonfrist - Als noch der Sultan regierte, genossen im Heiligen Land Christen gewisse fiskalische Freiheiten. Neuerdings weht ein rauerer Wind. Die katholischen Kirchenführer suchen nach einer gemeinsamen Strategie. Von Johannes Schidelko**

Seit mehr als zwei Jahrzehnten geraten christliche Kirchen in Israel wegen tatsächlicher oder angeblicher Steuerschulden immer wieder in die Schlagzeilen. Wegen unbezahlter Rechnungen für die kommunale Grundsteuer, die sogenannte Arnona, wurden Prozesse geführt, ließen Behörden Konten sperren und kündigten Zwangsvollstreckungen an. Das Griechisch-Orthodoxe Patriarchat etwa konnte in diesen Monaten plötzlich seine Angestellten nicht mehr bezahlen, bis die Konten offenbar auf politische Intervention hin wieder freigegeben wurden.

Von dem Streit und der Unsicherheit sind alle großen christlichen Kirchen des Landes betroffen – die Griechen, die Katholiken und die Armenier. Sie verfügen im Heiligen Land über teils beachtliche Liegenschaften, Landbesitz und Immobilien, die sie in verschiedener Weise selber nutzen oder vermieten und verpachten. Jetzt haben die katholischen Kirchen im Heiligen Land ein gemeinsames Vorgehen im Arnona-Streit vereinbart. Bei einer Sondersitzung der Versammlung der katholischen Repräsentanten des Heiligen Landes (ACOH) am Mittwoch, 18. September 2025, sagte der Lateinische Patriarch Pierbattista Pizzaballa, der Status quo in Bezug auf die Arnona-Steuer sei beendet und Veränderungen seien unvermeidlich. Die katholischen Einrichtungen sollten sich gemeinsam und verantwortungsvoll auf die bevorstehenden Veränderungen vorbereiten, sich gegenseitig austauschen und rechtsberaten, hieß es in einem anschließend verbreiteten Kommuniqué. Der Patriarch räumte ein, die katholischen Institutionen befänden sich in einer „kritischen Lage“.

Gewohnheitsrecht aus osmanischer Zeit

Im Osmanischen Reich waren Kirchen und Christen im Heiligen Land traditionell von Steuern befreit. Die Briten übernahmen diese Regelung in ihrer Mandatszeit (1922–1948), ebenfalls der 1948 gegründete Staat Israel. Allerdings sahen israelische Hoteliers und Restaurantbetreiber die kirchlichen Gästehäuser zunehmend als vom Staat bevorzugte Konkurrenz und drängten auf Gleichbehandlung. Die Christen verteidigten sich mit dem Hinweis auf das Gewohnheitsrecht und auch auf ihre Leistungen, die sie durch ihre Schulen, Krankenhäuser und Sozialeinrichtungen für das Gemeinwohl erbrächten. Trotzdem flatterten bald Steuerbescheide in christlichen Institutionen ein.

Auf eine neue Ebene kam das Thema, als Israel und der Heilige Stuhl 1993 einen Grundlagenvertrag schlossen, mit dem sie volle diplomatische Beziehungen vereinbarten. In 15 Artikeln wurden beiderseitige Rechte und Pflichten geregelt, etwa das Recht der Kirchen auf Pfarreien, auf eigene Schulen und Sozialeinrichtungen. Allerdings ist der Vertrag von Israel bis heute nicht ratifiziert, wichtige Punkte blieben offen, und einige Rechts-, Wirtschafts- und Steuerangelegenheiten wurden an bilaterale Kommissionen verwiesen. Sie sollten in einer Frist von zwei Jahren „in gutem Glauben ein umfassendes Abkommen“ aushandeln. Ein Rechtsabkommen wurde zwei Jahre später verabschiedet, ein Finanzabkommen etwa zur klassischen Steuerbefreiung kam bislang nicht zustande.

Abgaben für Postkartenständer

Unterdessen besteht Israel darauf, dass kirchliche Einrichtungen, die auf Gewinnerwirtschaftung angelegt sind, etwa hotelähnliche Gästehäuser, gehobene Restaurants oder einträgliche Gewerbebetriebe, zu besteuern seien. Die Besteuerung liegt in kommunaler Hand und wird unterschiedlich gehandhabt. So herrscht der Eindruck, dass zum Beispiel die Stadtverwaltung von Nazareth die Möglichkeiten sehr intensiv nutzt, bis hin zu Forderungen für einen Postkartenständer an der Klosterpforte. Patriarch Pizzaballa rief die katholischen Kirchen auf, sich in dieser ersten Frage gründlich vorzubereiten, ihre Tätigkeiten sorgfältig zu überprüfen, gemeinsam vorzugehen – und damit Rechtssicherheit zu schaffen. Das bedeutet auch, dass christliche Gästehäuser, die die Arnona entrichten, die gleichen Vorteile und Unterstützung wie die zivilen Hotels erhalten müssten. In den Verhandlungen – informelle Kontakte sind wohl schon im Gang – muss dann auch ausgehandelt werden, für welche Einrichtungen und unter welchen Bedingungen Kommunalsteuern berechtigt sind. So bestehen die Christen dem Vernehmen nach darauf, dass ihre Kirchen und auch ihre Klöster oder Friedhöfe von der Arnona befreit seien. Zum Treffen hinter verschlossenen Türen waren nur katholische Kirchenoberen und Institutsleiter eingeladen. Bleibt die Frage, ob und wie auch andere Kirchen sich einbinden, die bei dem Thema in der Vergangenheit noch stärker im Fokus standen. (kna HG 18.09.2025)

- **Umfrage zeigt das Ausmaß der religiösen Spaltung in Israel**

Die Spannungen zwischen ultraorthodoxen und säkularen Juden sind für drei Viertel (73 Prozent) der jüdischen Israelis einer der schwerwiegendsten Konflikte in der Gesellschaft. Nur die Spaltung zwischen rechten und linken Bevölkerungsgruppen werde als noch gravierender angesehen, heißt es im jährlichen Religions-Staats-Index des Forschungsinstituts Hiddusch, der veröffentlicht wurde. Für die nächste Regierung befürworten der Untersuchung zufolge 68 Prozent der

jüdischen Israelis eine breite Koalition ohne die ultraorthodoxen Parteien, mit denen Ministerpräsident Benjamin Netanjahu derzeit regiert. Sie lehnen deren Forderungen nach einer Wehrpflichtbefreiung für Studenten der religiösen Jeschiwa-Schulen ab. Zugleich sind sie gegen eine Aufstockung der Mittel für religiöse Einrichtungen, gegen Fahrverbote für öffentliche Verkehrsmittel am Ruhetag Schabbat und die Verhinderung standesamtlicher Trauungen. Außerdem spricht sich eine Mehrheit für den Kernlehrplan an Schulen mit Fächern wie Mathematik, Englisch und Naturwissenschaften aus. Bei der Frage, welche Religions- und Staatsthemen für die nähere Zukunft am wichtigsten sind, steht die Einberufung von Jeschiwa-Studenten zum Militär- oder einem Nationaldienst an erster Stelle (44 Prozent), gefolgt von Religionsfreiheit und Gleichberechtigung bei der Übernahme bürgerlicher Pflichten im Allgemeinen (33 Prozent). Die Umfrage zeigt ferner, dass 83 Prozent der israelischen Juden die Gewährleistung der Religionsfreiheit befürworten. Im Einzelnen gehen die Ansichten bei der Frage, ob säkulare wie religiöse Bürger gemäß ihrer eigenen Weltanschauung leben dürfen, aber weit auseinander: 95 Prozent der säkularen Juden unterstützen dies, aber nur 46 Prozent der ultraorthodoxen Juden. (kna HG 18.09.2025)

- **Patriarchat erlässt Schulden für Schulgebühren im Heiligen Land**

Das Lateinische Patriarchat von Jerusalem hat zum Heiligen Jahr allen Familien die Schulden gegenüber seinen Schulen bis zum Schuljahr 2024/25 erlassen. Die Diözese wolle damit einen konkreten Beitrag angesichts von Gewalt und dem endlos scheinenden Krieg leisten, heißt es in einem von Patriarch Pierbattista Pizzaballa veröffentlichten Brief. Das Patriarchat unterhält in der Region insgesamt 44 Schulen, auch in den Palästinensischen Gebieten. Der Besuch steht Kindern aller Religionen offen. Pizzaballa hob hervor, das noch von Papst Franziskus ausgerufene Heilige Jahr sei auch eine Zeit von Barmherzigkeit und Verantwortung. Traditionell gehörte in der Antike ein Schuldenerlass zum biblischen Jubeljahr hinzu. Die Entscheidung sei angesichts der damit verbundenen Kosten nicht leichtgefallen; verschiedene Verwaltungsstellen hätten berechnete Bedenken geäußert. (kna HG 18.09.2025)

- **US-Außenminister Rubio eröffnet in Jerusalem alten Pilgerweg**

US-Außenminister Marco Rubio hat im archäologischen Park der Jerusalemer Davidstadt einen alten Pilgerweg eröffnet. Die rund 600 Meter lange Strecke, die im ersten Jahrhundert den Teich Siloah mit dem Fuß des Tempelberges verbunden haben soll, war in den vergangenen Jahren von der israelischen Altertumsbehörde zusammen mit der Siedlergruppe Elad ausgegraben worden. Diese betreibt den Park in der Nähe des Tempelbergs. Wegen der Grabungen auf dem Gebiet des von Palästinensern bewohnten Stadtteils Silwan war es wiederholt zu Spannungen gekommen. Bei der Zeremonie, zu der ausländische Medien nicht zugelassen waren, nannte Rubio den alten Pilgerweg eine „außergewöhnliche archäologische Stätte“. Er bezeichnete seinen Auftritt als eine Feier des gemeinsamen jüdisch-christlichen Erbes und sprach von einer „ehrvollen Erfahrung“, wie israelische Zeitungen berichteten. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu fügte demnach hinzu, das Land entdecke seine Vergangenheit und baue seine Zukunft neu auf – „basierend auf dem Jerusalem vor 2.000 Jahren“. Für die Öffentlichkeit ist der Pilgerweg noch nicht zugänglich. Dem Vernehmen nach sollen gewöhnliche Besucher erst in einigen Monaten Zutritt erhalten. (kna HG 18.09.2025)

- **„Es sind 21 Punkte, die Israel nur schwer akzeptieren dürfte (...) dies ist ein Teil des Trump-Plans“ - Die Politik des US-Präsidenten Donald Trumps schlägt in säkularen Medien weltweit Wellen. Über „Die 21 Punkte von Trump“ schreibt Luis Delgado auf der Online-Seite der portugiesischen Zeitung „visao.pt“:**

„Es sind 21 Punkte, die Israel nur schwer akzeptieren dürfte – sie reichen von einem lang anhaltenden Waffenstillstand über die Rückkehr der Geiseln (lebend oder tot) bis hin zur Einstellung des Siedlungsbaus im Westjordanland. Dies ist ein Teil des Trump-Plans. Israel verfolgt eine rigide Linie: die Entmilitarisierung der Hamas, die Schaffung eines Sicherheitskorridors in Gaza und wenig Bereitschaft, einem langfristigen Waffenstillstand zuzustimmen. Zudem hegt Israel große Zweifel daran, dass die fragile Palästinensische Autonomiebehörde den Gazastreifen ohne Einflussnahme der Hamas, der Hisbollah und des Islamischen Dschihad – die alle Teheran unterstehen – regieren kann. Der Plan enthält einige Schlüsselpunkte, wie die Schaffung einer internationalen – aus arabischen Ländern bestehenden – Truppe zur Überwachung der Machtübergabe an die Palästinensische Autonomiebehörde. Er beinhaltet aber auch zwei oder drei schwer umsetzbare Details: Sobald der Plan von den Parteien angenommen wird, soll die Hamas innerhalb von 48 Stunden alle Geiseln freilassen. Außerdem ist die Bildung einer Verwaltungsbehörde in Gaza vorgesehen, bestehend aus palästinensischen Technokraten mit internationaler Unterstützung sowie ein schrittweiser Rückzug der israelischen Streitkräfte. Um die Hamas in die Enge zu treiben, schlägt dieser Plan vor, ihn in Gebieten umzusetzen, die bereits frei von ihrer

Präsenz sind – als Mittel, um sicherzustellen, dass die palästinensische Bevölkerung einen Unterschied spürt, mit Garantien durch die Verbündeten. Zusammenfassend handelt es sich um einen schwer umsetzbaren Plan, der jedoch Anzeichen dafür zeigt, dass es mit der Zeit Frieden und Wohlstand im Gazastreifen geben könnte.“ (kna HG 02.10.2025)

- **„Zwei Jahre nach dem Terror hat sich die Sache der Palästinenser zum Schlechteren gewendet“.** Rund um den zweiten Jahrestag des Terrorüberfalls der Hamas auf Israel kommentierten säkulare Medien häufig Donald Trumps Plan zur Beendigung des Gazakriegs sowie grassierenden Antisemitismus. Aber auch die deutsche Wehrdienst-Debatte und Familienpolitik waren Themen.

In der „Süddeutschen Zeitung“ kommentiert Tomas Avenarius zwei Jahre Terrorüberfall der Hamas und Gaza-Krieg:

„[...] Zwei Jahre nach dem Terror der Hamas im Süden Israels hat sich die Sache der Palästinenser nur zum Schlechteren gewendet. Zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 7. Oktober 2025 liegen die Leichen von 1.200 Israelis und mehr als 60.000 Palästinensern. Mindestens. Dazu kommen Verkrüppelte, Waisen und Traumatisierte, die keiner zählt.

Das ist nicht das einzige Vermächtnis des 7. Oktober. Neben den Toten steht, ebenso erschütternd, ein gebrochenes Tabu. Mit dem Massaker im Süden Israels ist die Vertreibung der Palästinenser politisch denkbar, die Forderung danach salonfähig geworden. [...]

Nichts hat das legitime Bemühen dieses ‚Volkes ohne Staat‘ stärker zurückgeworfen als der Terrorakt vom 7. Oktober. Sollte es auf der Basis von Trumps Plan zu einem ‚Frieden‘ kommen – der nur ein Ende der Kämpfe, aber keine Aussöhnung bedeuten würde –, wären die Palästinenser der Befreiung von israelischer Besatzung und einem eigenen Staat keinen Schritt näher gekommen. Ihr Siedlungsgebiet im Westjordanland schrumpft, ihr Lebensraum wird gezielt stranguliert von israelischen Siedlungen. [...] Die Palästinenser müssen sich endlich fragen, ob ihre Sache nicht weiter wäre, wenn sie auf Argumente statt auf Gewalt gesetzt hätten. Ja, die Diplomatie hat bisher auch nicht viel gebracht. Die Gewalt und der Terror von Gruppen wie Hamas und Islamischer Dschihad aber sind Selbstzweck. Und liefern Israel den Vorwand, die Palästinenser zu bombardieren, zu vertreiben, zu töten. [...]

Der Terror zwingt Länder wie Deutschland, sich zu distanzieren. Er macht es der Staatengemeinschaft unmöglich, geschlossen für die Anliegen der Palästinenser einzutreten. Dass allerdings internationale Anstrengungen etwas bewirken können, zeigt die Anerkennungsinitiative des französischen Staatschefs Emmanuel Macron: Trumps Friedensmachtwort wäre ohne sie so kaum ergangen. Und dafür musste kein einziger Schuss abgefeuert werden.“

In seinem Kommentar für „Die Welt“ wirbt Jacques Schuster um Verständnis für Trumps Friedensplan für den Gazastreifen:

„Donald Trump hält sich für das Maß aller Dinge. Schwäche und Fehlbarkeit schließt er für seine Person aus und lässt sie bei den anderen nicht als Milderungsgründe gelten. [...] All das ist bereits häufig beschrieben worden – meist mit Gift in der Feder. Die Verachtung ist derartig groß, dass man Trump hierzulande wenig zugesteht und seine Erfolge übergeht. Einer davon ist der Friedensplan für den Gazastreifen. Sollte er tatsächlich umgesetzt werden, dann würde Trump den Friedensnobelpreis verdienen.

Und selbst wenn die Mordbuben der Hamas so töricht wären, ihn zu torpedieren, hätte Präsident Trump, dessen einzige Werkzeuge der Holzhammer und der Nürnberger Trichter sind, immerhin klargemacht, wohin die Reise mit ihm geht. Unter seiner Präsidentschaft wird der Gazastreifen weder in die Hände der Israelis noch in die der Palästinenserbehörde und schon gar nicht in die der Hamas fallen – und das, ohne Israels Sicherheitsbelange zu gefährden.“

- **In der „Kirchenzeitung Köln“ schreibt Till Magnus Steiner zum zweiten Jahrestag des Hamas-Terrorüberfalls auf Israel und dessen Gazakrieg:**

„(...) Auch die westlichen und arabischen Regierungen sind sich darin einig, dass die Hamas entwapfnet werden muss. Doch sie bleiben die Antwort schuldig, wie diese Entwapfung ohne militärische Gewalt geschehen kann. Stattdessen flüchten viele Regierungen in ihrer diplomatischen Hilflosigkeit in eine realitätsfremde Anerkennung Palästinas als Staat – nein, nicht den Terrorstaat der Hamas und auch nicht die selbst von den Palästinensern abgelehnte und für korrupt gehaltenen palästinensische Autonomiebehörde, sondern einen Staat Palästina, der noch nicht existiert und vielleicht nie existieren wird.

Wo liegt also die Zukunft Palästinas? Über sie wird nicht in den Hauptstädten Europas und auch nicht auf pro-palästinensischen, die Hamas unterstützenden Demonstrationen in der westlichen Welt entschieden. Sie liegt in den Händen der wenigen Palästinenser in Gaza, die in den vergangenen Monaten todesmutig gegen die Hamas demonstriert haben. Sie liegt in den Händen von Palästinensern wie Yasser Abu Shabab und Hossam al-Astal, die sich mit ihren Milizen gegen die Hamas stellen. Und sie liegt auch in der Hand der kleinen katholischen Gemeinde in Gaza-City, die unbewaffnet an der Seite derjenigen harrt, die die vom israelischen Militär eingerichteten Fluchtwege nicht nutzen können. Die Zukunft Palästinas keimt dort sowohl im gewaltsamen Kampf gegen den Terrorismus als auch in gewaltfreier, hoffender Empathie.“ (kna HG 09.10.2025)

- **Kein Krieg heißt nicht Frieden. Der erste Schritt ist gemacht, der Weg zum Frieden aber noch lang. Der Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas bleibt fragil, der Machtkampf über die Hoheit über Gaza geht weiter. Dennoch hofft der Nahe Osten auf Frieden. Von Andrea Krogmann**

Bis zum letzten Moment hielten die Menschen in Israel am Montag den Atem an: Lässt die Terrororganisation der Hamas wirklich wie vereinbart die israelischen Geiseln frei, und in welchem Zustand werden sie sein? Um kurz nach 12 Uhr war es so weit. Alle 20 noch lebenden israelischen Geiseln waren zurück auf israelischem Boden. Aufatmen im Land. Wie es aber weitergeht in Sachen Gewaltfreiheit zwischen den Konfliktparteien, und ob das Kriegsende mittelfristig Schritte in Richtung eines dauerhaften Friedens ermöglichen wird, ist alles andere als klar.

Immer noch nicht alle Geiseln zurück

Keinen Tag nach Rückkehr der lebenden Geiseln und der Freilassung der palästinensischen Gefangenen warfen sich beide Kriegsparteien bereits den Bruch des Abkommens vor. Israel setze den Beschuss auf Palästinenser im Gazastreifen fort, hieß es aus palästinensischen Quellen. Verdächtige hätten sich im Bruch mit den Vereinbarungen der gelben Linie, der im Abkommen vereinbarten Rückzugslinie der israelischen Armee, genähert, woraufhin man „das Feuer eröffnete, um die Bedrohung zu beseitigen“, erklärte die Armee. Besonders aber die Verzögerungen bei der Rückführung der sterblichen Überreste der 28 ermordeten Geiseln sorgt in Israel für Kritik. Nur vier Leichen wurden am Montag von der Hamas zurückgegeben. Die Geiselfamilien forderten darauf öffentlich ein Aussetzen des Waffenstillstandsabkommens als Strafe für den Verstoß. Auch Israel reagierte mit der Androhung von Sanktionen. Zwar hatte man eingeräumt, dass eine Rückführung der Leichen innerhalb der vereinbarten Zeit von 72 Stunden schwierig sein könne. Man warf der Hamas jedoch vor, keine Anzeichen ernsthafter Bemühungen zu zeigen. Israel drohte damit, die vereinbarten Hilfslieferungen zu halbieren und den Grenzübergang Rafah zwischen dem Gazastreifen und Ägypten geschlossen zu halten. Mittlerweile sind auch diese Drohungen wieder vom Tisch: Hamas übergab am Dienstag vier weitere Leichen und kündigte eine weitere Übergabe für Mittwoch an.

Mehr Tote werden geborgen

Im Gazastreifen steigt derweil die Zahl der Toten. Mit dem Ende der Kriegshandlungen haben Aufräumarbeiten begonnen, bei denen auch zahlreiche Leichen aus den Trümmern geborgen werden. Die UN schätzten unterdessen die Wiederaufbaukosten für das Kriegsgebiet auf rund 60 Milliarden Euro. Mehrere arabische und europäische Länder sowie Kanada erklärten sich laut Medienberichten bereit, sich an den Kosten zu beteiligen. Bis der Gazastreifen sich vollständig erholt hat, könnten nach Expertenschätzungen Jahrzehnte vergehen. Nach einem ersten Friedensgipfel im ägyptischen Scharm el-Scheich soll das Land am Nil in wenigen Wochen erneut Gastgeber für die internationale Politikprominenz sein. Dann soll es um besagten Wiederaufbau gehen. Bereits begonnen haben unterdessen die Beratungen über die zweite Phase des Nahostplans von US-Präsident Donald Trump, wie die Zeitung „Haaretz“ unter Berufung auf informierte Quellen berichtet. Auf dem Verhandlungstapet dürften eine Reihe kritischer Fragen für das Nachkriegsgaza stehen. Beobachter mutmaßen, dass es auf Druck der USA darauf hinauslaufen werde, dass die Palästinensische Behörde (PA) de facto den Gazastreifen übernimmt.

Palästinensischer Anspruch auf Gazastreifen

Die palästinensische Regierung sei zum Wiederaufbau des Gazastreifens bereit, hatte Ministerpräsident Mohammed Mustafa bereits erklärt. Jede Hilfe, von der die Palästinenser viel benötigten, müsse dabei begleitend sein und könne und dürfe die Palästinenser und ihre tragende Rolle nicht ersetzen. Um Frieden und Sicherheit zu gewähren und eine Wiederholung der Ereignisse zu verhindern, müsse die palästinensische Regierung befähigt werden, „ihre Aufgaben im Gazastreifen als Teil ihrer nationalen Pflicht gegenüber unserem Volk überall in vollem Umfang wahrzunehmen.“

men“. Mustafa will vor Medien und Diplomaten geplante Schritte zum Wiederaufbau Gazas vorstellen.

Ramallah verurteilt Exekutionen der Hamas

Die vermittelten Fortsetzungsgespräche zwischen Israel und Hamas kommen laut „Haaretz“ nur langsam voran. Fortschritte an dieser Front wären dabei dringend, um das Machtvakuum in Gaza schnellstmöglich zu füllen. Das entstand durch das Fehlen einer funktionsfähigen Regierung und wurde durch den Teilabzug der israelischen Armee verstärkt. Jüngste Hinrichtungen der Hamas, wie sie Aufnahmen in Sozialen Medien zeigten, unterstreichen die Dringlichkeit.

Israels Rechtsextreme mit Anspruch auf Gaza

Das palästinensische Präsidialamt in Ramallah verurteilte die Exekutionen aufs Schärfste. Dutzende Bürger seien „außerhalb des Rechtsrahmens und ohne faire Gerichtsverfahren“ ums Leben gekommen. Ramallah nutzte die Gelegenheit, seinen politischen Anspruch auf Gaza erneut zu unterstreichen. Der Gazastreifen sei „integraler Bestandteil des Staates Palästina“. Doch auch die Rechtsextremen in Israels Regierungskoalition haben ihren Anspruch auf den Landstrich am Meer nicht aufgegeben. Es werde jüdische Siedlungen im Gazastreifen geben, denn ohne dies werde es keine Sicherheit geben, erklärte der rechtsextreme Finanzminister Bezalel Smotrich laut Bericht von „Times of Israel“ bei einer Feier zum Fest der Thora-Freude (Simchat Tora), an dem sich nach jüdischem Kalender der Angriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 zum zweiten Mal jährte. Große Desaster und heftige Kriege bergen das Potenzial für den entscheidenden Wandel zum Besseren: Auf diesen Katalysatoreffekt, wie ihn die Geschichte der Menschheit mehrfach belegt, hoffen jene Stimmen im israelisch-palästinensischen Konflikt, die weiterhin an eine friedliche Koexistenz beider Völker glauben. Dass der Weg dahin lang und steinig ist, wissen auch sie. Das Vertrauen beider Seiten ist gebrochen, das Trauma des 7. Oktober 2023 und von zwei Jahren Krieg enorm. (kna HG 16.10.2025)

- **Die Rückkehr der Geiseln aus der Gewalt der Hamas von Gaza nach Israel und das derzeitige Schweigen der Waffen nähren Friedenshoffnungen in Nahost. Kommentatoren religiöser Medien in Deutschland analysieren das Geschehen.**

Sabine Brandes zeigt sich in der „Jüdischen Allgemeinen“ erleichtert über das Ende des zweijährigen Entführungs-dramas und wagt einen Blick nach vorn:

„Zwei Jahre lang habe ich Worte mit zitternden Händen geschrieben, oft den Tränen nah, und Geschichten in mir getragen, die manchmal zu schwer zum Erzählen waren. Ich traf Familien, die auf Nachrichten warteten, die nie kamen. In den Händen immer die Fotos ihrer Liebsten, im Herzen die zerbrechliche Hoffnung. Ich habe ehemalige Geiseln gehört, deren Rückkehr Wunder und Last zugleich war. Ihre Stimmen geprägt von tiefer Dankbarkeit und auch den Gespenstern der dunklen Tunnel der Hamas. Ihr Schicksal war nicht nur mit der Geschichte des Landes, sondern auch mit meiner eigenen verwoben. Heute, da die letzten Geiseln nach Hause zurückkehrten, kann ich meine Tränen nicht länger zurückhalten. (...) Es fühlt sich fast unwirklich an, die Worte schwarz auf weiß zu sehen: ‚Der Krieg ist vorbei‘.

In ganz Israel erhebt sich an diesem Tag die Erleichterung wie ein kollektiver tiefer Atemzug – teils Seufzer, teils Schluchzen, teils Gesang. Wir erleben Wiedersehen, die man kaum beschreiben kann: Eltern, die ihre verloren geglaubten Kinder im Arm halten. Freunde, die gemeinsam das Massaker der Hamas überlebten und sich endlich gegenseitig trösten können. Soldaten, die schweigend dastehen und zusehen, wie das Leben zurückkehrt, für das sie gekämpft haben. Die Gesichter erzählen Geschichten des Überlebens und von Liebe, die keine Grenzen kennt.

Für mich, wie für so viele andere, haben diese zwei Jahre tiefe Spuren in der Seele hinterlassen. Oft wurde die Berichterstattung zu einem Akt des Durchhaltens. ‚Ein wenig noch, dann wird alles gut‘, dachte ich jeden Tag beim Aufstehen und Schreiben. Und jeden Abend, nachdem ich den letzten Satz beendet hatte, und einschlief. Das Ende des Krieges wird nun aber auch Stille mit sich bringen. Eine Stille der Erinnerung an all jene, die nicht zurückkehren werden. Die traumatischen Ereignisse und zwei schwere Jahre haben viele Menschen verändert und verängstigt. Es wird Zeit brauchen, bis wir lernen, ohne die tägliche Angst zu leben und ein Grundvertrauen in das Leben zurückzugewinnen.

Doch ich bin mir sicher, wir können es. Denn ich glaube fest, die Erfüllung der Hoffnung durch die Rückkehr der Geiseln ist der echte Sieg. Und es kann der Anfang sein, dass wir nach so viel Dunkelheit den Blick auf das Licht wagen können. Dass wir unseren Kindern nicht nur das Überleben, sondern auch den Glauben an den Frieden beibringen können. [...] Die Plakate der

verschleppten Menschen werden uns ab jetzt nicht mehr auf Schritt und Tritt begleiten und daran erinnern, dass wir sie nicht aufgeben dürfen. Jetzt, da sie zu Hause sind, kann das Herz endlich beginnen zu heilen. Das von Israel – und meins auch.

Stephan Baier sieht in der Wochenzeitung „Die Tagespost“ eine Zeitenwende in Nahost:

„Was der Regierung Netanjahu in zwei Jahren Krieg nicht gelang, schaffte Donald Trumps 20-Punkte-Plan binnen zwei Wochen: Alle noch lebenden israelischen Geiseln sind endlich frei – nach grauenvollen 738 Tagen Gefangenschaft. Allein das rechtfertigt alle Anstrengungen, die in den vergangenen Wochen regional und international unternommen wurden. Zwei Jahre lang hatten nicht nur die Angehörigen gehofft und gebangt, demonstriert und protestiert, sondern die israelische Gesellschaft.

Jetzt erst kann die Zeit der Traumabewältigung beginnen. Traumatisiert sind die nun endlich heimgekehrten Gefangenen, die körperlich wie psychisch noch lange beschädigt und beeinträchtigt sein dürften, denen das Grauen der Geiselhaft noch lange in Alpträumen begegnen wird und die alle Unterstützung verdienen. Traumatisiert ist auch die israelische Gesellschaft, die nach dem massenmörderischen Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 in eine fatale Alternative trieb – in die Kontroverse darüber, ob der Geiselbefreiung oder der Vernichtung der Hamas-Terroristen die Priorität einzuräumen sei. Traumatisiert sind aber auch Hunderttausende Palästinenser, die Verwandte und Freunde, ihre Häuser und ihre Lebensgrundlage verloren haben. Auch deren Wunden heilen nicht mit einem einzelnen Verhandlungserfolg. Auch an sie dachte Papst Leo XIV., als er in Rom sagte: ‚Zwei Jahre Krieg haben überall Tote und Ruinen hinterlassen, vor allem in den Herzen derer, die auf brutale Weise Familienangehörige und Freunde verloren haben.‘ Das Leid der Menschen lässt sich nicht gegeneinander aufrechnen - und der Papst ist in seinen Wortmeldungen kein politischer Akteur, sondern ein Anwalt der Menschlichkeit.

In seiner sonntäglichen Ansprache mahnte Leo XIV., die ‚berechtigten Ziele des israelischen und des palästinensischen Volkes‘ zu respektieren. Trumps 20-Punkte-Plan hat – im Gegensatz zu früheren Wortmeldungen des US-Präsidenten – genau diesen Ansatz verfolgt und war darum im ersten Schritt erfolgreich. Die nächsten Tage werden zeigen, ob die Akteure in der Region und die regieführende Weltmacht USA den langen Atem haben, den mühsamen Weg der schwierigen Kompromisse weiterzugehen.“

Constantin Wißmann zollt in „Publik-Forum“ dem US-Präsidenten ein Quantum Anerkennung:

„[...] Donald Trump ist in vielen Dingen ein verabscheuungswürdiger Mensch. Und ja, er ist maßgeblich dafür verantwortlich, dass es in Gaza Hoffnung auf Frieden gibt. Zum einen stand Trump fest hinter Israels Premierminister Benjamin Netanjahu. An die Hamas sandte Trump das klare Signal: Sollte sie nicht kapitulieren, würden die USA und ihr Präsident zuschauen, wie sie weiter zerschlagen wird. Doch auch Israel und Netanjahu setzte Trump Grenzen. Er stellte klar: Eine Annexion des Westjordanlands komme für ihn nicht infrage. Zudem zwang er Netanjahu, sich in Katar für den Luftangriff auf Hamas-Funktionäre in Doha zu entschuldigen.

Trump hat die Hamas geschickt in die Enge getrieben und einen umfassenden 20-Punkte-Plan vorgelegt, der nicht nur die Beendigung der Kämpfe vorsieht, sondern auch den Wiederaufbau des Gazastreifens. Er brachte Israel und praktisch die gesamte arabische Welt dazu, seinem Plan zuzustimmen. Damit blieb der Hamas keine andere Wahl, als ebenfalls einzuschlagen. Sie hätte keine Gegenargumente mehr gehabt gegen den Vorwurf, allein verantwortlich zu sein für weiteres Leid der Menschen in Gaza. Es mag sein, dass Trumps Engagement vor allem darauf beruht, dass er scharf auf den Friedensnobelpreis war, den er nun zu Recht nicht bekommen hat. Auch wird berichtet, dass persönliche Geschäftspartner aus Katar den US-Präsidenten unter Druck gesetzt haben. Und wenn schon. In Gaza könnte so ein furchtbarer Albtraum enden.

[...] Ob der Frieden von Dauer sein wird, lässt sich nicht sagen. Nach Trumps Plan muss sich die Hamas faktisch ergeben, ihre Waffen abgeben und zustimmen, keine Rolle in der Regierung des Gazastreifens zu übernehmen. Es ist schwer vorstellbar, dass die Hamas ihr Ziel, Israel zu zerstören, dauerhaft aufgibt. Auch in Israel wird es weiter viele Stimmen geben, die nicht aufhören, die völlige Zerstörung oder die Annexion des Gaza-Streifens zu fordern. (kna HG 16.10.2025)

- **Streit um Kreuze am „Grab der Propheten“ in Jerusalem**

Eine jahrhundertealte Grabstätte auf dem Ölberg in Jerusalem ist zum Schauplatz eines religiösen Streits geworden. Anlass der Kontroverse um das sogenannte „Grab der Propheten“, das sowohl Juden als auch Christen verehren, sind kleine Kreuze, die die Russische Kirchliche Mission als

Eigentümerin an den Geländern der Zugangstreppe angebracht hatte. Wie die Mission mitteilte, seien die Kreuze im Zuge kleinerer Reparaturarbeiten angebracht worden. Radikale jüdische Gruppen und rechtsextreme israelische Kreise kritisierten dies jedoch scharf und warfen der Mission vor, jüdische Gläubige zu behindern und deren religiöse Gefühle zu verletzen. In Sozialen Netzwerken verbreiteten sich daraufhin falsche Behauptungen, wonach Christen den Schrein „besetzt“ und Juden den Zutritt verwehrt hätten.

Das israelische Ministerium für religiöse Angelegenheiten forderte in einem Schreiben die Entfernung der Kreuze. Die Russische Kirchliche Mission bot an, die Kreuze durch ein anderes christliches Symbol – das Christusmonogramm XP – zu ersetzen. Auch dieser Vorschlag stieß jedoch bei Kritikern auf Ablehnung. Die Mission bekräftigte unterdessen ihr Bekenntnis zu Frieden und religiösem Respekt. „Seit mehr als einem Jahrhundert hält die Russische Kirchliche Mission das Grab der Propheten für alle offen, unabhängig von ihrem Glauben“, erklärte ein Vertreter. „Wir bemühen uns, den Respekt für diese Stätte und die Gefühle aller Besucher zu wahren.“ (kna HG 16.10.2025)

- **Erst vermittelten die USA einen wenn auch brüchigen Waffenstillstand in Gaza. Dann bekamen sie dafür die Rückendeckung des UN-Sicherheitsrats. Doch die Aussichten sind trübe. Zumal der Konflikt nun auch in Israel religiös aufgeheizt ist. Und die Angriffe im Westjordanland und Libanon nehmen zu. Von Roland Juchem**

Sie kamen etwas überraschend, die 13 Ja- ohne Nein-Stimmen mit zwei Enthaltungen für Donald Trumps Friedensplan zum Gazastreifen im UN-Sicherheitsrat. Hatte doch wenige Tage zuvor Russland signalisiert, einen US-Vorschlag abzulehnen, und stattdessen eigene Vorschläge einzubringen. Nun also doch. Resolution 2803 des UN-Sicherheitsrats vom 17. November bietet unter anderem ein Mandat für eine internationale Sicherheitstruppe, die den Gazastreifen entmilitarisieren und verwalten soll. Außerdem sieht sie, mit Trumps 20-Punkte-Plan für einen Waffenstillstand als Anhang, ein Friedensgremium („Board of Peace“) vor, das den Plan überwachen soll. Dessen Zusammensetzung wird nicht präzisiert, außer dass Trump ihm vorsitzen soll. Die Resolution sei „eine Rettungsleine“, lobte Washingtons UN-Botschafter Mike Waltz. Für die Trump-Regierung ist die Abstimmung ein diplomatischer Erfolg. Immerhin war Washington zwei Jahre lang auf dem UN-Parkett weitgehend isoliert wegen seiner strammen Unterstützung für Israel und dessen Vorgehen im Gazastreifen, der von etlichen als Kriegsverbrechen, wenn nicht Völkermord verurteilt wird. Russland und China hätten im Sicherheitsrat beide ihr Veto einlegen können, enthielten sich aber der Stimme. Offenbar beeinflusst durch die Unterstützung der Resolution durch arabische und muslimische Staaten: Ägypten, Jordanien, Katar, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sowie Indonesien, die Türkei und Pakistan. Denen, wie auch Frankreich, behagte zwar nicht, dass von einer Zwei-Staaten-Lösung keine Rede ist. Sie alle aber wollten den Moment nutzen, in Gaza etwas voranzukommen. Auch ist nicht auszuschließen, dass Moskau im Gegenzug ein Entgegenkommen der USA für den ominösen Ukraine-Friedensvorschlag erwartete, dessen gut zwei Dutzend Punkte seit Wochenbeginn von Diplomaten beraten werden.

Einzige pragmatische Alternative zum Krieg?

Angesichts der weltweiten Solidaritätsbekundungen für die geschundene palästinensische Bevölkerung muss sich erst noch zeigen, wie viel internationale Unterstützung der Friedensrat („Board of Peace“; BoP) unter Trump und die von ihm beaufsichtigte Internationale Sicherheitstruppe (ISF) tatsächlich erhalten. Dass Trumps 20-Punkte und die Resolution des Sicherheitsrats mit zweierlei Maß messen, kritisierten etliche Kommentatoren weltweit. Einen solchen Druck, wie er immer wieder auf die Palästinenser ausgeübt werde, damit diese ihre Politik ändern, habe Israel aus dem Weißen Haus nie zu spüren bekommen. Aber eine schlechte Resolution mit einem schlechten Plan sei die einzige pragmatische Alternative zu einer erneuten israelischen Kriegswalze im Gazastreifen, so viele Beobachter.

Kritik von Kirchenvertretern

Ähnlich kritisch äußerte sich vergangene Woche eine Gruppe namhafter Kirchenvertreter in Jerusalem. Die Resolution enthalte einen kolonialistischen Ton und blende die Realität der israelischen Besatzung aus, heißt es in der Stellungnahme. Unterzeichnet ist sie unter anderem vom emeritierten Lateinischen Patriarchen von Jerusalem, Michel Sabbah. Die Initiative bemängelt unter anderem, die Resolution 2803 übersehe die „wahre Entstehungsgeschichte des Konflikts“ vor dem Angriff der Terrororganisation Hamas vom 7. Oktober 2023 sowie die allgemeine Situation in Palästina und Israel. Problematisch sei auch, dass das

Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser an Bedingungen geknüpft werde, noch dazu „von denen, die diese Selbstbestimmung seit Jahrzehnten verhindern“.

Kein exklusives Recht auf das Land

Juden seien zwar „mit diesem Land verbunden und nicht einfach koloniale Siedler“, heißt es in Abgrenzung zu anderen Sichtweisen, die dem Staat Israel das Existenzrecht absprechen. Israelis könnten diese Verbundenheit aber nicht exklusiv beanspruchen und hätten „nicht das Recht, andere zu enteignen und zu vertreiben, zu unterdrücken und zu besetzen, zu zerstören und Völkermord zu begehen“. Statt eines „Systems aus Ethnozentrik, Diskriminierung und Besatzung“ müsse es eine multikulturelle und pluralistische Gesellschaft geben. Neben Sabbah unterzeichneten auch der frühere Patriarchalvikar für die hebräischsprachigen Katholiken im Heiligen Land, David Neuhaus, der emeritierte evangelisch-lutherische Bischof und frühere Präsident des Lutherischen Weltbunds Munib Younan sowie der palästinensische griechisch-orthodoxe Erzbischof Attallah Hanna die Stellungnahme.

Interreligiöser Dialog und Friedensplan

Bemerkenswert am kritisierten Trump'schen Friedensplan ist dessen Punkt 18, den die UN-Resolution nicht explizit aufgreift. Darin heißt es: „Es wird ein interreligiöser Dialogprozess auf Grundlage der Werte von Toleranz und friedlicher Koexistenz eingerichtet, um zu versuchen, die Denkweisen und Narrative von Palästinensern und Israelis zu verändern, indem die Vorteile hervorgehoben werden, die sich aus dem Frieden ergeben können.“ Ob Religion, vielfach als Friedenskraft beschworen, im Nahen Osten tatsächlich Koexistenz und Versöhnung stärken kann, scheint derzeit unwahrscheinlich. Der Gaza-Krieg sei „ein regelrechter Religionskrieg“, warnte der frühere Knesset-Präsident und Kritiker der Netanjahu-Regierung, Avraham Burg, in einem Aufsatz wenige Tage vor der UN-Resolution. Die islamistische Hamas proklamiere ihren ideologischen Glauben seit langem offen. Aber auch die israelische Seite habe „im Namen Gottes“ gekämpft, ohne dies zuzugeben.

„Erstmals agierte Israel als religiöser Staat“

Ministerpräsident Netanjahu und seine Minister hätten sich auf den biblischen Befehl berufen, „Amalek auszulöschen“ (Dtn 25,17–19 und 1 Sam 15). Soldaten, so Burg weiter, „schmierten Graffiti an die Wände von Gaza, Rabbiner schlichen sich auf das Schlachtfeld, und es gab Pläne für die Erlösung und die Wiederbesiedlung von Gaza“. „Dies war ein Krieg, der unter göttlichem Banner geführt wurde. Er endete erst, als der zynischste Säkularist unserer Zeit ihn beendete.“ Im Gaza-Krieg habe Israel erstmals als religiöser Staat agiert. Von den gewalttätigen Siedlern im Westjordanland ist schon länger bekannt, dass sie sich mit religiöser Ideologie radikalisieren. Burg sieht Israels polarisierte Gesellschaft derzeit an einem Scheitelpunkt. Sie müsse sich entscheiden zwischen dem jesuanischen – wenn auch von Christen oft nicht durchgehaltenen – Prinzip der Trennung von Religion und Staat („Gebt dem Kaiser ... und Gott ...“) sowie der islamischen Verbindung von religiösem und staatlichem Recht. „Der langsame und kalte Bürgerkrieg um die Identität des Landes spitzt sich zu und erreicht bald seinen Siedepunkt, wenn wir nicht endlich den Mut aufbringen, Religion und Staat voneinander zu trennen“, warnt Burg. Der ehemalige hochrangige Politiker der Arbeitspartei Awoda setzt sich seit langem für eine Trennung von Staat und Religion in Israel ein. Und weist auf eine zunehmende politische Instrumentalisierung von Religion auch andernorts hin: USA, Russland, Indien, Türkei, Polen, Ungarn. „Wenn Religion und Politik verschmelzen, werden beide korrumpiert“, warnt Burg. „Die Religion verliert ihre kritische Stimme und wird zur Konkubine des Staates. Die Politik versteinert zu heiligem Dogma, das gegen Kritik und Reformen immun ist.“

Wer wird zum „Board of Peace“ gehören?

Solange also mit Religion Konflikte eher angeheizt als befriedet werden und eine Vision für die Koexistenz von Palästinensern und Israelis fehlt, muss es der pragmatische, unausgewogene Plan von Trump tun. Gespannt darf man sein, wie das Friedensgremium („Board of Peace“) unter Donald Trump zusammengesetzt wird. Die geplante internationale Sicherheitstruppe für Gaza soll Anfang 2026, also in wenigen Wochen, entsandt werden. Noch ist unklar, wer Truppen schickt. Und welches Land wäre bereit, seine Truppen zur gewaltsamen Entwaffnung der Hamas einzusetzen? Eher finden sich Geber für die zum Wiederaufbau des Gazastreifens notwendigen Milliarden. Immerhin könnten bei solchen Investitionen finanzielle wie strategische Gewinne herauspringen. Zweifelhaft ist zudem, was die internationale Truppe als Puffer zwischen der Hamas sowie den Menschen im Gazastreifen und der israelischen Armee bewirken kann. Beschlossen die UN doch vor wenigen Wochen erst, eine ähnliche Truppe, die Unifil-Mission im Libanon, zu beenden. Die ist bei ihrer Aufgabe der Entwaffnung der Hisbollah gescheitert. Erst Israels Geheimdienste und Militär konnten die Macht der Hisbollah spürbar brechen – wenn auch

mit völkerrechtlich strittigen Mitteln. Würde sich die IDF zurückhalten, wenn es aus Gaza erneut Angriffe gibt, und die Befriedung der internationalen Truppe überlassen? Am Sonntag erst, genau eine Woche vor Ankunft des Papstes im Libanon, tötete das israelische Militär bei einem Luftangriff nahe Beirut einen hochrangigen Hisbollah-Kommandeur. Damit setzte es seine Angriffe auf die vom Iran unterstützte militante Gruppe fort – trotz des seit einem Jahr bestehenden Waffenstillstands. Die Hisbollah habe zuletzt wieder aufgerüstet, begründete Jerusalem den Angriff. Das UN-Menschenrechtsbüro in Genf äußerte sich am Dienstag besorgt über zunehmende israelische Angriffe auf Ziele im Libanon. Zudem gebe es „alarmierende Drohungen“ einer breiteren Offensive. Die seit Monaten immer wieder erfolgenden Angriffe radikaler Siedler im Westjordanland auf Palästinenser werden international nur gelegentlich wahrgenommen. Derweil drängt die Trump-Regierung auf den raschen Bau von Wohnanlagen, um Palästinenser in den von Israel kontrollierten Teilen des zerstörten Gazastreifens mit Wohnraum zu versorgen. Dort aber halten sich bisher nur wenige auf. Die meisten sind in dem von der Hamas kontrollierten westlichen Teil. Von dort möchte Washington viele weglocken in den östlichen Teil – ohne Hamas, aber mit Wohnungen und Arbeitsplätzen, so das Versprechen. (kna HG 27.11.2025)

- **„Verlorener Stamm“ aus Indien soll nach Israel geholt werden**

Bis 2030 sollen alle verbliebenen 5.800 Mitglieder der indischen „Bnei Menasche“ (Söhne des Manasses) aus Indien nach Israel geholt werden. Nach dem am Sonntagabend vom israelischen Kabinett genehmigten Plan müssen sich die Neueinwanderer, die sich als Nachfahren eines der „verlorenen Stämme Israels“ sehen, nach ihrer Ankunft einem förmlichen Übertritt zum Judentum unterziehen, wie israelische Medien berichteten. Ferner seien sie nachdrücklich angehalten, einen religiös-jüdischen Lebensstil zu führen.

Die Operation einschließlich Flugkosten, Konversions- und Sprachkursen sowie weiteren Leistungen soll demnach durch ein Sonderbudget von umgerechnet 24 Millionen Euro gedeckt werden. Hauptaufnahmeort der Neueinwanderer soll demnach die arabisch-jüdische Stadt Nof Hagalil in der Nähe von Nazareth sein. Israels Finanzminister, der Rechtsradikale Bezalel Smotrich, begrüßte den Beschluss. Damit würden „unser Einfluss im Norden und die Zukunft des Staates Israel“ gestärkt. Der Regierungsplan sieht laut Berichten vor, dass bis Ende 2026 insgesamt 1.200 Bnei Menasche nach Israel gebracht werden. Bis Ende 2030 soll die Umsiedelung abgeschlossen sein. Anders als bei früheren Einwanderungen wird die Aktion demnach nicht von der Organisation „Schawei Israel“ (Rückkehrer Israels) geleitet, sondern von der Jewish Agency. Sie werde entsprechend Vertreter nach Indien entsenden, um die Hintergründe der Gemeindemitglieder zu prüfen.

Bei den „Bnei Menasche“ handelt es sich um eine Gruppe von Konvertiten zum Judentum im nordostindischen Bundesstaat Mizoram, die sich auf Manasse zurückführt, einen der zehn verlorenen israelitischen Stämme. Viele Angehörige traten im 19. und 20. Jahrhundert zum Christentum über. 2005 erkannte der damalige sephardische Oberrabbiner Israels, Schlomo Amar, die Gruppe als Nachfahren Manasses an. Nach israelischem Recht gelten sie jedoch nicht als Juden und haben keinen Anspruch auf Einwanderung nach dem Rückkehrgesetz. Seit den 1980er Jahren sind laut Berichten rund 4.000 Angehörige der Gruppe mit Sondergenehmigungen nach Israel eingewandert. (kna HG 27.11.2025)

3. Personen

- **Francesco Patton (61), neun Jahre Kustos der Franziskaner in Jerusalem** und damit der zweithöchste lateinische Katholik im Heiligen Land, wechselt auf den Moses-Berg Nebo nach Jordanien. Künftig will Pater Francesco als einfacher Mönch mit den Brüdern der kleinen Franziskanergemeinschaft auf dem Nebo bei der Verwaltung des Heiligtums und der archäologischen Stätte zusammenarbeiten. Dazu gehört die Aufnahme von Pilgern und Besuchern, die Feier der Liturgie, die Bewahrung des archäologischen Erbes und die Förderung der Stätte als Ort der Spiritualität. (kna HG 18.09.2025)
- **Christine Herntier (68)**, parteilose Bürgermeisterin von Spremberg/ Grodk in Brandenburg, wird mit dem diesjährigen „Preis für Zivilcourage und gegen Rechtsradikalismus und Antisemitismus“ des Förderkreises Denkmal für die ermordeten Juden Europas ausgezeichnet. Sie erhält ihn zusammen mit den Bürgerinitiativen „Unteilbar Spremberg“ und „AG Spurensuche“, vertreten durch die Pfarrerinnen **Elisabeth Schulze** und **Jette Förster**. Der mit 2.000 Euro dotierte Preis wird am 24. November im Hotel Adlon verliehen. (kna HG 02.10.2025)

- **Karoline Preisler** (54), FDP-Politikerin und Publizistin, bekommt für ihr Engagement den diesjährigen Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage. „Karoline Preisler wird für ihr herausragendes Engagement gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Islamismus ausgezeichnet“, teilte der Zentralrat der Juden in Deutschland als Auslober mit. Als mutige Stimme setze sie sich demnach öffentlich seit Jahren für Demokratie, Menschenrechte und gesellschaftlichen Zusammenhalt ein. (kna HG 02.10.2025)
- **Micha Brumlik, jüdischer Erziehungswissenschaftler und Publizist**, ist am Montag im Alter von 78 Jahren gestorben. Von 2000 bis 2005 war Brumlik Direktor des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt/Main. In seiner Amtszeit wurden Ausstellungen zum Auschwitz-Prozess entwickelt. Einen Namen machte sich Brumlik als Hochschullehrer, Grünen-Kommunalpolitiker und Autor. Brumlik engagierte sich im christlich-jüdischen Dialog und bekam für seine Verdienste auf diesem Gebiet im Jahr 2016 die Buber-Rosenzweig-Medaille. (kna HG 13.11.2025)
- **Amy Gutmann, ehemalige US-Botschafterin in Deutschland**, erhält dieses Jahr den Preis für Verständigung und Toleranz des Jüdischen Museums Berlin. Die 75 Jahre alte Tochter eines jüdischen Emigranten aus Franken stehe dafür, dass Demokratien Fürsorge, Widerstandskraft und Handeln benötigten, so die Begründung. Gemeinsam mit Gutmann wird auch der israelische Physiker Daniel Zajfman ausgezeichnet. Geboren 1959 in Brüssel als Nachkomme von Holocaust-Überlebenden, wanderte Zajfman nach Israel aus und wurde dort Präsident des Weizmann Institute of Science. Zajfman initiierte zahlreiche Kooperationen zwischen Israel und Deutschland. (kna HG 20.11.2025)
- **Christine Herntier, Bürgermeisterin von Spremberg in Brandenburg**, wird mit dem Preis für Zivilcourage und gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus ausgezeichnet. Der Förderkreis des „Denkmals für die ermordeten Juden Europas“ und die Jüdische Gemeinde zu Berlin ehren die Politikerin für ihren Mut. Dass Rechtsextremismus in der Stadt ein Problem ist, hat Herntier im Sommer im städtischen Amtsblatt öffentlich ausgesprochen - und die Spremberger aufgefordert, dagegen aufzustehen und Gesicht zu zeigen. Die mit 2.000 Euro dotierte Ehrung wird am 24. November im Berliner Hotel Adlon verliehen. (kna HG 20.11.2025)

4. Bücher

@ kna-Hintergrund